

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltenen Heftzeile oder deren Raum 50 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Was nun?

Wir haben bereits im Leitartikel der vorigen Nummer hingewiesen, daß es von den Beschlüssen, welche die Städtevertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes in der den 21. Januar anberaumten Versammlung fassen, vollständig abhängen wird, welche Entwicklung die Dinge der Holzindustrie nehmen werden. Mit seiner bedeutenden staatsrechtlicher Resolution hatte sich der Schutzverband förmlich festgelegt und man konnte gespannt darauf sein, was er wohl aufstellen würde, um aus der verfahren Situation herauszukommen, in die er durch eigene Schuld geraten war. Die Versammlung vom 21. Januar einen Ausweg gefunden, aber — er ist auch danach, der Spitze der Nr. 5 der „Nachzeitung“ erläßt der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes die nachstehende Beschlusssatzung:

Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe.

Am Montag, den 21. Januar, vormittags 10 Uhr, haben die Vorsitzenden aller bei der diesjährigen Tarifbewegung in Betracht kommenden 42 Verbände zu einer neuen Beratung in Berlin, Friedrichstraße 176, zusammengekommen.

Nach Erstattung des Berichts über den Fortgang der örtlichen Verhandlungen und nach Beendigung einer daran anschließenden mehrstündigen, eingehenden Beratung wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine Verhandlungskommission von 5 Herren mit der weiteren Erledigung der bestehenden Tarifforderungen zu betrauen.

Es wurden gewählt:

- 1. Herr S. Brasch - Bremen,
- 2. Herr W. Nieski - Kassel,
- 3. Herr C. Jawahki - Bielefeld,
- 4. Herr Chr. Schüller - Kiel,
- 5. Herr Bergmüller - München.

Als Erfahrene werden die Kollegen Fobbe und Schwenne aus dem Zentralbureau fungieren.

Die Kommission soll umgehend zusammentreten, und sie wurde mit der Vollmacht ausgestattet, Vertreter der örtlichen Parteien zur Information vorzuladen. Rechtsverbindliche Abmachungen gegen den Willen der örtlichen Parteien darf die Kommission jedoch nicht treffen. Die endgültige Entscheidung behält sich vielmehr die Gesamtheit der Verbandsvorstände nach Abschluß der Kommissionshandlungen vor.

Die örtlichen Bemühungen zur Herbeiführung einer Verständigung müssen fortgesetzt werden.

Indem wir die vorstehenden Beschlüsse zur allgemeinen Kenntnis bringen, bitten wir gleichzeitig zu betonen, daß die Kommissionsverhandlungen den letzten Versuch zur Verhütung einer Aussperrung darstellen und eine definitive Entscheidung der beteiligten 42 Verbände erst in der zweiten Hälfte des Februar zu erwarten ist.

In der Zwischenzeit dürfen Maßregelungen von keiner Partei vorgenommen werden.

Der Zentralvorstand,

J. A.: C. Mahardt, Vorsitzender.

Der Vorstand des Schutzverbandes legt also Wert darauf, daß die örtlichen Verhandlungen fortgesetzt werden. Daß auf diesem Wege, vielleicht in einigen Ausnahmefällen abgesehen, eine Verständigung zu erzielen ist, nachdem der von vornherein von ihm eingelegte Tat, keine Zugeständnisse zu machen, so prompt befolgt wurde, dürfte auch dem Schutzverbandesvorstand klar sein. Er kommt deshalb wieder auf die Verhandlungen zurück. Aber die Verhandlungskommission, die vorgeschlagen wird, ist ein solches Monstrum.

Es handelt sich nicht etwa, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte, um ein unparteiisches Schiedsgericht. Die Kommission soll paritätisch zusammengesetzt sein, aber der unparteiische Vorsitzende ist ausdrücklich ausgeschaltet und der Vorsitz in der Kommission den Vorwärts führt, die für ein gedeihliches Arbeiten von der höchsten Bedeutung ist, bleibt zunächst unbeantwortet. Es soll aber auch der Schein vermieden werden, als ob die Verhandlungskommission ein unparteiisches Schiedsgericht sei, deshalb wählt der Schutzverband zu seinen Vertretern nicht Mitglieder aus Orten, die an der gegenwärtigen Bewegung unbeteiligt sind; die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder ist an dem Ausgang der Verhandlungen direkt interessiert, da für die Städte, aus denen sie kommen, die Verträge jetzt mit erneuert werden sollen. Die Ueberflus sind als Erfahrmänner der Kommission und zwei Vorstandsmitglieder des Schutz-

verbandes bestimmt, denen zwar einige Sachkenntnis nicht abzusprechen ist, die sich jedoch gerade ihres Amtes wegen als unparteiische Schiedsrichter am allerwenigsten eignen.

Aber die Verhandlungskommission soll kein Schiedsgericht sein, sie soll keine bindende Abmachungen gegen den Willen der örtlichen Parteien treffen. Ob sie überhaupt Beschlüsse fassen soll, ist nicht gesagt; bei ihrer Zusammensetzung ist es überdies fraglich, ob sie, selbst den besten Willen vorausgesetzt, in die Lage kommt, Abmachungen zu treffen. Jedenfalls schwebt jede etwaige Verständigung innerhalb der Kommission vollständig in der Luft. Die örtlichen Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzverbandes behalten sich vor, nach Beendigung der Kommissionsarbeit eine endgültige Entscheidung zu treffen.

Es ist klar, daß die Verhandlungskommission auch bei dem eifrigsten Streben der Parteien, zu einem Resultat zu gelangen, wochenlang arbeiten muß, um zu Ende zu kommen. Die Arbeit kann nur geleistet werden unter Assistenz der beiderseitigen Zentralvorstände. Ein umständlicher und kostspieliger Apparat wird in Bewegung gesetzt und schließlich ist die Arbeit doch für die Holz, wenn es den Ortsvorsitzenden des Schutzverbandes einfällt, das Resultat der Verhandlungen nicht anzuerkennen!

Daß mit dieser Möglichkeit gerechnet werden muß, zeigen ja die Erfahrungen des Jahres 1908. Damals hat ein Leipzig ein wirkliches Schiedsgericht gefaßt und die Parteien haben vorher erklärt, daß sie sich dem Spruch unterwerfen würden; und trotzdem haben die Unternehmer in einer Reihe von Städten hinterdrein dem Schiedsspruch die Anerkennung verweigert. Ist nicht zu befürchten, daß dies bei dem Apparat, den der Arbeitgeber-Schutzverband diesmal plant, in noch viel höherem Maße der Fall sein wird? In der „Nachzeitung“ wird ausdrücklich festgestellt, daß dieser Versuch, zu einer Verständigung zu gelangen, von den Arbeitgebern ausgeht. Den Mut, dieses Monstrum ausgehebt zu haben, wollen wir ihm unverlürzt lassen; die Waterschaft dieses Beschelsalges werden wir ihm nicht freitig machen!

Unser Verbandsvorstand hat aber zu entscheiden, welche Stellung er dem Vorschlag des Arbeitgeber-Schutzverbandes gegenüber einnehmen will. Wir haben immer betont, daß wir ernstlich bedacht sind, den Frieden zu erhalten, und daß wir deshalb jedes Mittel ergreifen, welches nach dieser Richtung Erfolg verspricht. Von dieser famosen Verhandlungskommission ist jedoch nicht zu erwarten, daß sie praktische Resultate zeitigt. Es wäre tatsächlich Zeit- und Geldverschwendung, wollten wir Vertreter für die Kommission bestimmen und diese selbst in Funktion treten lassen. Dieser Gedanke ist auch von den Arbeitervertretern in der am 28. Januar auf Einladung des Arbeitgeber-Schutzverbandes abgehaltenen Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände ausgesprochen worden. Definitive Beschlüsse bezüglich der Kommission konnten allerdings in der Konferenz selbst noch nicht gefaßt werden, weil der Plan des Arbeitgeber-Schutzverbandes zu neu und zu „originell“ war. Aber nach reiflicher Erwägung hat der Gesamtvorstand unseres Verbandes die Verhandlungskommission in der vom Schutzverband vorgeschlagenen Form einstimmig abgelehnt.

Mit diesem Beschluß sind die Brücken zu einer Verständigung noch nicht endgültig abgebrochen, wenn wir uns auch nicht verhehlen dürfen, daß die Lage nach wie vor auf das Höchste gespannt ist. Die Zentralvorstände haben verabredet, noch einmal zusammentzutreten, um weiterzuberaten und zu versuchen, einen gangbaren Weg zur Verständigung zu finden. Solche Versuche werden jedoch solange aussichtslos sein, als der Arbeitgeber-Schutzverband auf dem Standpunkt verharrt, daß von einer Arbeitszeitverkürzung keine Rede sein, und Lohnerhöhungen nur im allerbesten Falle in Aussicht genommen werden können!

Der Arbeitgeber-Schutzverband ist nicht nur darauf bedacht, alle Zweifel über die Aufrichtigkeit seines neuesten Vorschlages von vornherein auszuschließen, er betont auch, daß es sich hierbei um seinen letzten Versuch handelt, eine Aussperrung zu verhüten. Mit der Betonung dieses Moments soll wieder einmal die berühmte „Friedensliebe“ des Schutzverbandes unterstrichen, der Anschein erweckt werden, als hätten wir alle Versuche, den Frieden zu er-

halten, durchkreuzt. Um jeder Regendenbildung nach dieser Richtung vorzubeugen, wollen wir noch einmal kurz konstatieren, daß in der Oktoberkonferenz der Zentralvorstände auf beiden Seiten volle Übereinstimmung darüber herrschte, daß die Differenzen, die sich durch die örtlichen Verhandlungen nicht schlichten lassen, einem Schiedsgericht unter der Leitung des Freiherrn v. Werlepsch zur Entscheidung unterbreitet werden. Auf diese Übereinstimmung gründete sich unsere anfänglich geäußerte Hoffnung auf einen friedlichen Verlauf der Bewegung. Dann kam die Konferenz des Arbeitgeber-Schutzverbandes vom 28. Dezember, die das Schiedsgericht mit aller Entschiedenheit ablehnte. Das war nichts weniger als ein Versuch zur friedlichen Verständigung, es war im Gegenteil eine sehr deutliche Kriegsdrohung, die vom Arbeitgeber-Schutzverband ausging. Und der neueste Vorschlag ist, wie wir nachgeliefen haben, lediglich ein Versuch mit untauglichen Mitteln, dem kein anderer Erfolg blühen kann, als die Leistung einer Menge unproduktiver Arbeit.

Uns ist wirklich keine Arbeit zu viel, wenn es gilt, den Frieden im Gewerbe zu erhalten. Für den Arbeitgeber-Schutzverband aber ist es bezeichnend, daß er jetzt unverblümt mit der Aussperrung droht, wenn wir seine Fickad-Politik nicht unbesehen mitmachen. Es liegt für uns kein Grund vor, uns auf den einen oder den anderen Weg zu kaprizieren, die Hauptsache ist, daß der eingeschlagene Weg auch Erfolg verspricht. Nicht aus Nechthaberei oder aus Leichtsin, sondern in der sicheren Voraussicht, daß wir so nicht vorwärts kommen, lehnen wir den neuesten Vorschlag des Arbeitgeber-Schutzverbandes ab. Wir sind uns der Konsequenzen unseres Tuns durchaus bewußt, wir wissen uns aber auch eins mit den Kollegen in ganz Deutschland. Sicher wird kein Verbandsmitglied wünschen, daß unser Verbandsvorstand sich dazu hergibt, daß der Arbeitgeber-Schutzverband je nach Laune mit ihm Fangball spielt. Machen die Unternehmer ihre Drohung wahr, schreiten sie zur Aussperrung, weil wir unsere Zeit nicht zwecklos mit seiner Verhandlungskommission vergeuden wollen, dann haben sie die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Ein Kampf wird ungeheure Opfer erfordern. Aber wenn es sein muß, werden wir ihn aufnehmen in dem Bewußtsein, daß wir ihn nicht vergeblich führen.

Die Pause vor der letzten Auseinandersetzung der Parteien benutzt die „Nachzeitung“, um noch ein wenig zu polemisieren. Sie sucht sich hierfür verschiedene Objekte, in erster Linie aber setzt sie sich, was auch ganz in der Ordnung ist, mit der „Holzarbeiterzeitung“ auseinander. Das Organ des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat mancherlei an uns auszusprechen. Die Reminiszenzen aus dem großen Kampf im Jahre 1907, die wir in der Nr. 4 brachten, haben die Klage zitiert, die Herr Brunglow in der Berliner Stadtverordnetenversammlung erhoben hat, ob des Schadens, den die Berliner Tischlermeister durch ihre Aussperrung erlitten haben. Es handelte sich nicht nur um die Millionen direkten Verlustes, sondern auch darum, daß sich während der Aussperrung die Kundschaft verlaufen hatte, so daß der Nachteil noch lange nachwirkte. Die „Nachzeitung“ bestreitet, daß Herr Brunglow ein Klagegedicht angestimmt hätte und — druckt das Klagegedicht in vollem Wortlaut ab. „Es handelte sich“, so schreibt sie, „um eine Darstellung und Begründung der Notwendigkeit einer Aussperrung für die gesamte Berliner Holzindustrie.“ Das ist ganz richtig; aber diese Notwendigkeit ist eingetreten infolge der Nachwirkungen der von den Berliner Tischlermeistern verursachten Aussperrung, und darauf kommt es an.

Die „Nachzeitung“ sieht in dem ganzen Artikel mit der Ueberschrift „Reminiszenzen“ einen Versuch, Mißtrauen in die Reihen der Arbeiter zu säen; die Kleinen gegen die Großen und die Provinz gegen Berlin aufzubringen. Aber noch mehr als das. Aus den offenkundigen Tatsachen, die wir konstatieren haben, liest die „Nachzeitung“ heraus, daß wir dem Schutzverband und seinem Vorstand allerlei phantastische Mähe untergeschoben hätten. Darauf brauchen wir nicht einzugehen, denn es kommt der „Nachzeitung“ nur darauf an, eine Gelegenheit zu finden, den Preiswechsel zwischen Berlin und Mannheim leise anzudeuten, den wir zum großen Leidwesen des Schutzverbandes zu veröffentlichen in der Lage waren. Sie hat das auch recht nett gemacht, aber soll die Affäre damit erledigt sein? Die „Nachzeitung“ wird schließlich doch nicht darum herum-

...nnten, etwas näher auf das Verhältnis zwischen dem Schlußverhandlungsstand und seinen lieben Freunden in Mannheim einzugehen. Wir verstehen, daß das für die Herren ein recht heißes Eisen ist, sie werden es aber doch noch anfassen müssen.

Nun noch ein paar Worte über das viele Geld, das die Arbeitgeber nach den Berechnungen der „Nachzeitung“ aus der eigenen Tasche bezahlen müßten, wenn sie gegen Ende der Vertragsperiode eine Lohnerhöhung um 2 Pf. eintreten lassen würden. Die „Nachzeitung“ interessiert besonders das uns nach ihrer Annahme unbemerkt entschlipfte Zugeständnis, daß die Unternehmer und seit 1898 schon sehr namhafte Zugeständnisse gemacht haben. Diese harmlose Unschuld! Was die „Nachzeitung“ als ein uns unbemerkt entschlipptes Zugeständnis ansieht, ist die Wiedergabe einer Tatsache, über welche unser Verband mehrere starke Broschüren veröffentlicht hat. Sollte der Schlußverhandlungsstand wirklich so weisfremd sein, daß er von unseren Lohnstatistiken gar keine Kenntnis erlangt hat? Zu dem Fall empfehlen wir ihm, sich schnellstens mit der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Verbindung zu setzen. Sie wird ihm gern aushelfen, denn wir lassen im Gegensatz zu gewissen anderen Stellen unsere Druckfachen nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinen.

Was die Berechnungen der „Nachzeitung“ über die Opfer der Unternehmer bei etwaigen Beurlaubungen anlangt, die wir zu ihrem großen Schmerz als Spielereien und faule Wiße gekennzeichnet haben, so wollen wir zum Trost für den Verfasser des betreffenden Artikels zugeben, daß er sehr richtig nach den Grundätzen der Regeldetri gerechnet hat. Wenn trotzdem das Resultat nicht stimmt, so kommt das daher, daß bei solchen Rechnungen die bloße Kenntnis der Regeldetri nicht ausreicht. Es müssen noch einige andere Faktoren berücksichtigt werden. Der Arbeitgeberverband hat in seinem Lager einige „nationalökonomische Doktoren“, die zwar nach einem Urteil von sehr zuständiger Stelle von den praktischen Dingen, die bei der Leitung einer Organisation in Betracht kommen, keine Ahnung haben. Ueber die Momente, welche bei Rechnungen von der Art der hier in Frage kommenden berücksichtigt werden müssen, dürften sie vielleicht doch, dank ihrer Studien ein wenig orientiert sein; sie sind deshalb auch wohl imstande, dem Verfasser des fraglichen Artikels die nötige Aufklärung zu geben.

Was das Organ des Schlußverbandes an der Hirsch-Dunder'schen „Eiche“ auszusprechen hat, interessiert uns nicht. Aber die „Nachzeitung“ entrüstet sich über eine Rede, die unser Berliner Gauvorsteher in Brandenburg gehalten hat. Nach einem Bericht in der „Brandenburger Zeitung“ hätte der Kollege Stusche ausgeführt:

Die Gauleiter und der Zentralvorstand (des Holzarbeiterverbandes) haben vor Beginn der Bewegung im Interesse des Friedens auf dem Standpunkt gestanden, die Mehrzahl der ablaufenden Verträge nicht zu kündigen. Im Rate der Arbeitgeber aber war es anders beschlossen. Diese verständigten sich dahin, die Verträge auf der ganzen Linie zu kündigen. Sie setzten ihre Absicht auch sofort in die Tat um und kündigten in 52 Städten die Tarife. Als in den nun folgenden Unterhandlungen die Arbeiter einige Wünsche in bezug auf Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsver-

hältnisse äußerten, erklärten die Unternehmer, sie seien außerstande, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Wir wissen nicht, ob Stusche's Worte richtig wiedergegeben sind. Aber selbst wenn seine Rede richtig zitiert ist, wäre es nicht zu verstehen, wie die „Nachzeitung“ dazu kommt, das „ein ebenso starkes, wie bezeichnendes Stück“ zu nennen. Es ist doch buchstäblich wahr, daß wir nur einen Teil der Verträge gekündigt haben, der Schlußverband aber hat sämtliche Verträge gekündigt. Die Konstatierung dieser Tatsache mag dem Schlußverband unangenehm sein, aber nichts desto weniger ist sie richtig und die Entrüstung der „Nachzeitung“ ist auch in diesem Fall sehr deplaziert.

Der Rechtsbegriff als Waffe im Emanzipationskampfe.

Einleitung.

Es gibt wohl keine Tatsache in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, die so eigenartig auf den Beobachter wirkt und die ihn zugleich mit solch freudigem Erstaunen erfüllt, wie das Emporsteigen einer unterdrückten und entrechteten Volksschicht auf eine immer höhere Stufe wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Freiheit. Es mutet fast wie ein Wunder an, wenn wir sehen, wie eine Klasse, die bislang in jeder Beziehung rückständig war, sich allmählich emporringt aus materieller und geistiger Knechtschaft. Sie war besitzlos und rechtslos, ungebildet und undisciplinirt, verachtet und unfrei, während die herrschende Klasse im Besitze von Eigentum und Macht, von Bildung und Wissen war und sich gegen das Emporsteigen der Unterdrückten mit allen Mitteln wehrte. Dennoch beobachten wir zu allen Zeiten und unter allen Völkern dies Emporklimmen als ein soziales Gesetz, das mit der Regelmäßigkeit eines Naturgesetzes sich vollzieht. Allerdings vollzieht sich diese Aufwärtsbewegung unter dem heftigsten Widerstande der Bevorrechteten, weshalb sie ausnahmslos schwere Reibungen mit sich bringt und den Eindruck eines Kampfes macht.

Dieser Emanzipationskampf, wie man ihn nennt, hat seiner Natur nach etwas Gewalttames und Abstoßendes an sich und wird infolgedessen von feinfühlenden Neutheten als unästhetisch empfunden. Aber er ist eine unabwendbare Notwendigkeit, die nicht nach den Gesetzen der Ästhetik beurteilt werden darf; er ist ein verzweifelltes Ringen zwischen der Unterschicht eines Volkes, die zum Licht und zur Freiheit empordrängt, und der Oberschicht, die das Emporsteigen hindern und hemmen will. In diesem Kampfe spielt der Rechtsbegriff eine bedeutende Rolle: das Recht ist der Angelpunkt, um den sich der Emanzipationskampf dreht. Die Unterschicht will sich ihr gutes Recht erkämpfen, die Oberschicht verteidigt ihr gutes Recht — in diesem Sinne verkörpert sich gleichsam der Zweck des ununterbrochenen Kampfes, der sich durch die Jahrtausende hindurchzieht und auch die Gegenwart mit seinem lauten Getöse durchstößt. Daher dürfte es sich verlohnen, einmal den Rechtsbegriff nach allen Seiten hin gründlich zu beleuchten.

I.

Der Kampf ums Recht.

Seit wenigen Jahrzehnten macht sich in der Unterschicht eines jeden Kulturvolkes eine auffällige Veränderung bemerkbar. Das Glend materieller und geistiger

Art, das die große Masse des Volkes wie ein eiserner Meiß umschloß, hatte einen Sklavensinn erzeugt, der das Volk veranlaßte, alle Unterdrückung und Entrechtung mit Geduld und Ergebung zu ertragen und als eine Fügung Gottes hinzunehmen. Und wenn der Druck zu stark und die Not zu groß wurde, dann blickten die Armen hoffend und sehnd nach oben, von wo ihnen Rettung kommen sollte. Ein Gott aus Himmelhöhen sollte ihnen Hilfe bringen, oder die Herren, die auf der Sonnenseite des Lebens wandeln, sollten ihre milde Hand ausstrecken und durch Wohlthaten das Elend lindern. Weil das Vertrauen auf die eigene Kraft fehlte, hoffte das Proletariat auf die Hilfe von oben.

Das ist nun allmählich anders geworden. Die Arbeiterklasse fängt an, ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben und ihren Wert in der Gesellschaft zu erkennen; das proletarische Selbstbewußtsein in den Massen ist fortwährend im Steigen begriffen und der moderne Proletar pocht auf seine Würde als Mensch und auf sein Recht als Staatsbürger. Er will keine Gnade mehr und keine Wohlthaten, er will nicht mehr bitten und betteln, er fordert sein Recht. Er fordert das Recht auf Arbeit und Existenz, er fordert das gleiche Wahlrecht und das Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde, er fordert das Koalitionsrecht und Versammlungsrecht, das Recht auf Bildung und Kultur und wie die Rechte alle heißen mögen. Das viele Jahrtausende alte Unrecht soll in ein neues Recht verwandelt werden, die Sonne einer höheren Sozialgerechtigkeit soll aufgehen über die moderne Menschheit.

Und zwar will und muß sich das Proletariat dieses Recht erkämpfen, weil die Oberschichten in egoistischer Verblendung von ihren Vorrechten nichts wissen wollen und weil auch die Mittelschichten ein Aufsteigen der Unterschicht ungern sehen. Dieser Kampf ums Recht dreht sich vorwiegend und in erster Linie um die Frage der materiellen Existenz, um die schwerwiegende Frage, wie die materiellen Güter unter die verschiedenen Gruppen eines Volkes verteilt werden sollen. In dieser Beziehung hat man ihn wohl einen Kampf um die Futterkrippe oder um den besten Weideplatz genannt. Da sich bei den Menschen nach Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse auch geistige Bedürfnisse einstellen, so erweitert sich allmählich der Kampf zu einem Ringen um geistige und moralische Güter, er wird zu einem Kulturkampf im edelsten Sinne des Wortes. Und da endlich die Oberschicht die öffentlich-rechtlichen Gewalten, wie Staat, Gemeinde, Kirche, Schule usw. zu ihren egoistischen Zwecken mißbraucht, so greift der Kampf auch auf politisches Gebiet über und wird zu einem Kampf um die Staatsform und die Staatsgewalt.

Der Kampf ums Recht faßt also alles in sich, was die Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem, geistigem und kulturellem Gebiete erstrebt. Die Forderung des gleichen Rechts für alle ist gewissermaßen das Banner, unter dem das moderne Proletariat seinen Emanzipationskampf führt. Hierdurch unterscheidet sich der moderne Klassenkampf von den Klassenkämpfen früherer Zeiten.

Bis vor wenigen Jahrzehnten noch hatte die herrschende Klasse es verstanden, die Illusion zu erwecken, als ob es sich bei ihrer Herrschaft nicht um ein Machtverhältnis

Willst du reich werden?

Gewiß will jeder gern reich werden. Da es aber keine Schwierigkeit hat, dieses Ziel zu erreichen, so fehlt es nicht an „Wohlthatern der Menschheit“, die sich in „uneigennützigster Weise“ erbieten, denen den Weg zum Reichtum zu zeigen, die an sie glauben. Erscheint der freundliche Ratgeber in der Gestalt des Humoristen auf der Vorstadtbühne und teilt den Zuhörern unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit Rezepte mit, wie das, sich hunderttausend Scherfäse zu kaufen und sie das Stück für eine Mark zu verkaufen, dann wird man, wenn er seine Sache sonst gut macht, endlich über den Mist lachen und dem Manne nicht böse sein. Ernster sind die guten Leute zu nehmen, die durch Inserate in der Generalanzeigerpresse sich erbieten, den leichtgläubigen Menschen Nebenbeschäftigung nachzuweisen, die einen märchenhaften Verdienst abwirft. Gewöhnlich steht hinter solchen Inseraten ein gemeingefährlicher Schwindel und dem freundlichen Vermittler ist es in der Regel nur um den Vorstoß zu tun, den er in strapuzierter Weise dem vertauschelseligen Bewerber abnimmt.

Aber die Aussicht, es in kurzer Zeit zu einem Vermögen zu bringen, tritt uns nicht nur in der Gestalt verlockender Zeitungsinserten entgegen. Der Menschenkenner, der auf die unbefriedigbare Sehnsucht nach Reichtum spekuliert, welche die Massen beherrscht, wird noch manches Mittel entdecken, diese Sehnsucht den eigenen Zwecken dienbar zu machen. Zu diesen Mitteln scheint uns das im Verlag von Emil Nbigt in Wiesbaden erscheinende, von L. Frieden-Gould herausgegebene Buch zu gehören, dessen vollständiger Titel lautet: „Vermögen erwerben — Geld verdienen. Dreihundert und mehr Wege für jedermann in kurzer Zeit viel Geld zu erwerben, sein Einkommen zu vergrößern, mit Leichtigkeit durch guten Nebenverdienst sich ein Vermögen zu erwerben.“ Dieses Büchlein, das einen Umfang von 125 Seiten hat, kostet trotz des kostbaren Inhalts nur 3 Mk.

Wer den Taler ausgibt, wird sich aber recht enttäuscht fühlen. Die Zahl der im Titel angegebenen Rezepte mag wohl stimmen, nur schade, daß man mit den meisten von ihnen nichts anfangen kann. In der Vorrede sagt der Verfasser: „In derselben Zeit, wo man eine

Partie Karten spielt, könnte man vielleicht für den Wert eines Goldstückes schreiben, oder ihn sich so ganz ohne Mühe verdienen, wenn man es geschickt anzufangen weiß.“ Ganz richtig, wenn nur das leidige „wenn“ nicht wäre. Denn will aber Herr Frieden-Gould abhelfen.

Betrachten wir nun einmal die Wege, auf welchen man ein Vermögen erwerben kann. Der Verfasser hat es besonders auf die Schriftstellerei abgesehen, der er einen verhältnismäßig großen Raum seines Werkes widmet. Er gibt zu, daß das Schreiben in der Regel nicht sehr einträglich ist, aber — hat man einmal Ruf und Namen erworben, besonders in einer Richtung, „so ist es nachher nicht schwer, sehr gute Honorare zu erzielen.“ Um sich als Schriftsteller auszuzeichnen, gehört nicht etwa ausgeprochenes Talent, sondern vielmehr Fleiß und Ausdauer, man kann dann eines großen Einkommens sicher sein. Also verwenden wir recht viel Fleiß und Ausdauer auf die Schriftstellerei und unser Glück ist gemacht!

Will es trotz Fleiß und Ausdauer mit dem Schreiben nicht recht gehen, so versuchen wir es mit dem Reden: Es kommt noch unserem Ratgeber gar nicht darauf an, daß der Redner sein Thema vorher gekannt hat, man kann den Stoff leicht aus Büchern herausziehen und zu einem Vortrag zusammenstellen, denn es gibt Bücher, in denen Vorträge aller Art bereits fig und fertig bearbeitet sind. „Hat man einige gute Vorträge ausgearbeitet, dann braucht man nichts mehr als einen Saal und Zuhörer“ — und dann strömt der goldene Segen herbei!

Es gibt aber außer der Schriftstellerei und dem Vortraghalten noch viele andere Wege, um so heiläufig als Dilettant Geld zu verdienen und ein Vermögen zu erwerben. Die verschiedenartigsten Gegenstände können aus edlem und unedlem Metall hergestellt werden. Aus Wand-eisen zum Beispiel können die wunderbarsten Sachen vom Photographierahmen bis zum Hofster gebaut werden. Man braucht dazu weiter nichts als Wand-eisen und einige Nieten als Rohmaterial und Hammer, Bohrer und einige gute Zangen als Werkzeug — und der Weg zum Reichtum steht uns offen!

Wenn das Arbeiten mit Metall nicht recht zusagt, kann sich eine andere Beschäftigung suchen. Unser Ratgeber versichert uns, daß u. a. die Buchbinderei ein sehr einträgliches Handwerk ist. Einbände von Stalbleder oder Pergament mit reichen Prägungen und Vergoldereien erreichen

oft fabelhafte Preise. Die Sache ist gar nicht besonders schwer. Man kauft sich im Verlag des vorliegenden Buches das Werk: Der Buchbinder, ein Leitfaden, für 3 Mk., und das Handbuch der Buchbinderei für 3 Mk., und dann kann das Geldverdienen losgehen!

Unsere Kollegen werden sich besonders dafür interessieren, wie man es durch Nebenbeschäftigung in der Tischlerei zu einem Vermögen bringt. In die 1000 Mk. kann man jährlich verdienen, wenn man täglich 1 bis 2 Stunden z. B. an der Herstellung eines Armstuhls arbeitet. Man bringt so ein Möbel auf diese Art in einer Woche fertig und es hat, ohne die Materialkosten, einen Wert von 30—50 Mk. Besser als das Flechten von Rostfischen, wovon der Verfasser selbst sagt, daß es nicht viel einbringt, wird das Aufpolieren von Möbeln bezahlt. Es ist auch gar nicht schwer, sich im Polieren eine große Fertigkeit anzueignen. Sehr profitabel ist die Anfertigung von Bilderrahmen und beim Vergolden von Rahmen, das indessen Übung und Fleiß erfordert, kann man einen Profit von 100 Proz. ernten. Leider hat der Autor in diesem Fall unterlassen anzugeben, wie diese 100 Proz. berechnet werden.

Das Buch weist noch eine ganze Menge andere Wege, um „in kurzer Zeit viel Geld zu erwerben“, aber sie sind so ziemlich alle von dem gleichen Kaliber wie die angebotenen. Der Herausgeber nimmt jederzeit neue Beiträge an, die er für die nächste Auflage seines Buches berücksichtigen will. Wir wollen zu dem Zweck auch einiges stiften. So ist z. B. das Kuponaufschneiden eine sehr leichte Arbeit, die sicher zum Reichtum führt. Man braucht dazu nur eine gute Schere und die nötigen „Papierschens“. Beim Spielen verspricht sich der Verfasser zwar keinen Nutzen, aber wenn man es so einrichtet, daß man gerade das Geld kauft, auf welches der Hauptgewinn entfällt, so ist das Lotteriespiel ein sehr einträgliches Neben-geschäft, das sicher zu Reichtum beiführt.

Zum Schluß noch einen guten Rat aus dem besprochenen Buch: „Gehe häuslicherisch mit deinem Vermögen und deinem Erwerb um. Gib keinen Pfennig unumtätig aus.“ Und, wo wollen wir noch hinzufügen, spare den Taler, den das Buch „Vermögen erwerben“ — Geld verdienen“ kostet, du kannst ihn für bessere Zwecke verwenden!

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Werkes oder einzelner Betriebe für Werbendunterschiede Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Fischlern, Maschinen- und Holzarbeitern nach Bamberger (Waggonfabrik), Bremen-Verbindungen (Schmied), Hülsefeld (Sägewerk), Halle in Westfalen (Sägewerk), Hücht a. M., Klosterfeld (Sägewerk), Langenbera, Neuh. J. M., Zudenwalde, Neustadt a. S. (Mühl. Sägewerk), Oberneubrunn i. Thür., Reichenhausen, Schwennungen i. W. (Möbelwerk Kauter), Sommerfeld, Warnemünde (Obf.), Ziegenhals (Möbelwerk „Foschung“), Zuffenhausen (WAG), Zorgen-Glarus in der Schweiz.
 - Verbindungen nach Obertha, Halle a. S. (Saalbad), Müdnich bei Gießen a. d. Oder (Italien Glas-hütte), Steffin (Kunberg).
 - Drechsler nach Zudenwalde.
 - Stellmachern nach Bamberger (Waggonfabrik), Halle i. Westf. (Sägewerk).
 - Wollern nach Zudenwalde.
 - Modellmachern nach Bamberger (Waggonfabrik).

laubele, sondern nur ein Rechtsverhältnis. Nicht auf ihre wirtschaftliche Übermacht gründete sie ihrer Behauptung nach die Herrschaft, sondern auf ihr Recht: Krampfhaft und unentwegt vertritt sie den Standpunkt, daß ihre bevorzugte Stellung auf einem Rechte beruhe. Dieses angebliche Recht wurde entweder von einer Gottheit hergeleitet oder man führte es auf die hervorragenden körperlichen und geistigen Vorzüge der betreffenden Gruppe zurück oder aber man gründete es auf die Abtammung von hochstehenden Vorfahren. Immer und überall stellte man sich auf den Rechtsboden, und so sprach man vom göttlichen Recht, vom geschichtlichen Recht, vom erworbenen Recht, vom Recht der Erstgeburt usw. Und dann unthätig man, um diese Illusion zu verstärken, die brutale Macht mit einem Mythos wie mit einem schützenden Mantel. Hierfür ließen sich zahllose Beispiele anführen.

So sucht uns die Bibel das Recht des Mannes über die Frau durch die Erzählung von der Erschaffung des ersten Menschenpaares glaubhaft zu machen: der Mann ist direkt aus der Hand des Schöpfers hervor, das Weib wird nur so nebenbei aus der Rippe des Mannes gebildet. Da ist es denn nicht mehr als „Recht“, daß das Weib noch heute unter der Vormachtigkeit des Mannes steht. Das „Recht“ der Semiten und Napheliten, die Schwärzen auszuweichen, wird begründet durch die biblische Erzählung von dem Benehmen Hams gegen seinen betrunkenen Vater, und so weiter.

Nach heute noch sind diese Mythen nicht ausgestorben. Der Mythos von der Unverletzlichkeit des Rechts, auf der das Wohl des Volkes beruhe, von dem Rechte des Monarchen auf die Leitung des Staates, von dem Recht der Unternehmer auf die erste Stelle im Staate, von dem Ausübungsvorrecht der Unternehmer, wird wohl noch heute allenthalben aufrechterhalten. Schule und Kirche wetteifern miteinander, um diese Mythen in den Gemütern der heranwachsenden Generationen zu befestigen. Zum Nutzen für die Machthaber hat aber der menschliche Geist die Eigenschaft an sich, daß er bei zunehmender Reife hinter die Schale der Dinge zu kommen sucht, daß er den Mythos beiseite schiebt und das wahre Sein der Dinge entschleiert. Der Menschengeist wird kritisch und dreht und wendet solange an den Begriffen herum, bis er sie in unverfüllter Nacktheit vor sich sieht.

So macht er es auch mit dem Rechtsbegriffe. Scheinbar ist das Recht etwas Heiliges, Unantastbares, Unverletzliches, etwas, das über allen weltlich-menschlichen und sozialen Einrichtungen schwebt, in Wirklichkeit aber ist das Recht, wie auch die Moral, eine sozial-geistige Erscheinung, die aus den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen hervorsteigt, die sich deshalb ändern, wenn sich diese Zustände ändern. Diese Tatsache muß in das Bewußtsein des Proletariats übergehen, und in dieser Hinsicht spielt der Begriff des Rechts im Kampfe um das Recht eine wichtige Rolle.

Lohnbewegungen und Streiks der Holzarbeiter in Großbritannien.

Das britische Arbeitsamt verzeichnet seit 1893 die kollektiven Veränderungen der Löhne, mit Ausnahme der rein saisonmäßigen, der Veränderungen der Lebensunterhaltsbedingungen, der Veränderungen, die sich infolge des Vorrückens von Arbeitern aus niedrigeren in höhere Klassen von Lohnklassen oder Lohnregulativen ergeben, sowie der Veränderungen der Löhne in der Landwirtschaft, im Eisenbahnbetrieb und in der Schiffahrt, da für diese Wirtschaftszweige keine brauchbaren Angaben vorhanden sind.

Betrachtet man die in den zehn Jahren 1899 bis 1908 vorgekommenen Lohnbewegungen, so ist das Ergebnis nicht

besonders günstig. Das wird erklärlich, wenn man bedenkt, daß seit Beginn dieses Jahrhunderts Großbritannien fast ununterbrochen von einer Wirtschaftskrise zu leiden hatte. Die Arbeitslosigkeit war demzufolge sehr groß. Trotz der widrigen Verhältnisse herrschten Lohnerhöhungen vor und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft konnte nicht verfehlter werden. Das ist ganz dem Einfluß der Gewerkschaften zu danken; denn, wenn nicht die Widerstände geleistet hätten, so würden die Löhne massenhaft gesunken sein.

In allen Wirtschaftszweigen, auf welche sich die Statistik erstreckt, waren an Lohnerhöhungen beteiligt: 1899: 1 170 037 Arbeiter, 1900: 1 100 281, 1901: 1 297 715, 1902: 91 812, 1903: 21 827, 1904: 16 651, 1905: 310 204, 1906: 1 097 981, 1907: 1 213 531 und 1908: 11 027 Arbeiter. Lohnkürzungen betrafen 1899: 1132 Arbeiter, 1900: 23 010, 1901: 480 318, 1902: 789 891, 1903: 874 721, 1904: 781 601, 1905: 219 386, 1906: 5140, 1907: 2930 und 1908: 461 216 Arbeiter. Dabei ist auf die Arbeiter nicht Bedacht genommen, welche an Lohnerhöhungen und Lohnkürzungen beteiligt waren, die sich im Laufe eines und desselben Jahres ausglich. Das reine Ergebnis der Lohnänderungen war in den Jahren 1899, 1900, 1906 und 1907 ein Lohngebinde der beteiligten Arbeiter, 1901 bis 1905 und 1908 aber ein Lohnverlust. Es betrug 1899 der reine Lohngewinn 1 806 290 Pf. und 1900 4 171 800 Pf. wöchentlich; 1901 der Lohnverlust 1 531 740 Pf., 1902: 1 451 000 Pf., 1903: 766 540 Pf., 1904: 781 000 Pf. und 1905: 41 380 Pf. wöchentlich; 1906 der Lohngewinn 1 157 940 und 1907 4 018 240 Pf. wöchentlich; 1908 der Lohnverlust 1 182 320 Pf. wöchentlich.

Die meisten Arbeiter waren im Bergbau an Lohnbewegungen beteiligt; ihre Zahl schwankte in diesem Wirtschaftszweige zwischen 217 558 1905 und 826 481 1907, einschließlich jener, deren Löhne auf- und niederschwanken, am Jahresanfang aber gleich hoch waren wie am Jahresanfang.

In der Holzbearbeitung und Möbelindustrie kamen in den letzten Jahren nur sehr wenige Lohnbewegungen vor und auch die Beteiligung war sehr gering. Das kommt daher, weil die Konjunktur in dieser Industrie seit 1901 eine außerordentlich schlechte ist, so daß es ausläßtlos jähren, Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Aber mit Ausnahme eines einzigen Jahres ergaben die seit 1899 vorgekommenen Lohnbewegungen der Holzarbeiter Lohngewinne, d. h. die Lohnerhöhungen waren ausgiebiger als die Lohnkürzungen. Die folgende Tabelle bietet einen Überblick.

Jahr	Zahl der Lohnbewegungen	Daran beteiligte Arbeiter	Das reine Ergebnis war eine Lohnerhöhung (+) oder Lohnkürzung (-) um wöchentlich
1899	37	3 269	+ 5 800 Pf.
1900	29	11 827	+ 8 240 "
1901	23	1 355	+ 1 340 "
1902	10	656	+ 780 "
1903	8	214	+ 320 "
1904	1	24	- 40 "
1905	5	870	+ 480 "
1906	9	807	+ 800 "
1907	7	500	+ 920 "
1908	9	987	+ 140 "

Die Beständigkeit, welche diese Zahlen ausdrücken, ist bedenklich; sie weckt die Befürchtung, daß die Unternehmer bald ernstlich angezeifend vorgehen können und dabei nicht auf den nötigen entschlossenen Widerstand stoßen werden. — Der Umfang der Lohnbewegungen war in der jüngsten Zeit bei den Holzarbeitern Großbritanniens weit geringer als bei den Berufskollegen in irgend einem anderen der großen Industriestaaten.

Großentlich kommt mit der Bildung des Einheitsverbandes der Holz- und Möbelerbeiter neues Leben in die Reihen der Organisierten!

Die britische Streikbewegung der letzten zehn Jahre kann im allgemeinen als schwach bezeichnet werden, denn im Vergleich zur Zahl der in der Industrie und in den Handels- und Transportgewerben beschäftigten Arbeiter waren nur wenige an Arbeitskämpfen beteiligt. (Zwischen Streik und Ausperrung wird in der britischen Statistik nicht unterschieden.) Direkt beteiligt waren innerhalb dieser Zeit 1901 die wenigsten (56 386) und 1908 die meisten Arbeiter (223 960). Einige Jahre lang war die Darstellung von Streiks durch das Urteil der Vordrucker sehr erschwert, welches die Gewerkschaften für Streikaktionen erklärten (das sogenannte Taffal-Urteil); dieser Zustand wurde durch die Ergänzung des Gewerkschaftsgesetzes von 1906 wieder beseitigt. — Die Mehrzahl der Arbeiter streikte in allen Jahren wegen Lohnfragen; die nächstwichtigste Streikursache bildeten die Arbeitsordnungen, dann folgen Fragen der Beschäftigung bestimmter Personen und erst an vierter Stelle Fragen der Arbeitszeit. Ganz erfolglos streikte immer nur eine Minderheit der Arbeiter, und zwar 1899: 44,1 Proz., 1900: 27,5 Proz., 1901: 31,7 Prozent, 1902: 31,8 Proz., 1903: 48,1 Proz., 1904: 41,7 Prozent, 1905: 34 Proz., 1906: 21,5 Proz., 1907: 27,3 Proz. und 1908: 25,2 Proz. Fast in allen Jahren waren die meisten Arbeiter an Streiks beteiligt, die mit Vergleich endigten.

In der Holzindustrie war die Streikbewegung ganz unbedeutend. Ueber die Umstände in den Jahren 1906 bis 1908 unterrichten die nachstehenden Zahlen.

	1906	1907	1908
Zahl der Streiks	20	15	29
Zahl der direkt Beteiligten	418	725	810
Von den direkt Beteiligten hatten vollen Erfolg	150	167	239
teilweisen Erfolg	43	231	286
keinen Erfolg	225	327	285
Zahl der indirekt Beteiligten	146	120	—
Zahl der verlorenen Arbeitstage	7 308	18 950	67 869

Im Jahre 1908 waren die Möbelerbeiter außerdem an dem großen Arbeitskampf in der Schiffbauindustrie an der englischen Nordküste beteiligt, der insgesamt 22 000 Arbeiter betraf, davon 13 000 direkt. Er währte vier Monate und endete mit der Annahme einer Lohnkürzung von 1/3 Schilling (1,50 Pf.) pro Arbeiter und Woche und der Einrichtung eines Schiedsrichters. Von den Holzarbeiterorganisationen waren daran beteiligt die Amalgamated Union of Cabinet Makers (Fischler), die National Amalgamated Furnishing Trades Association (Möbelerbeiter), die Amalgamated Society of Mill Sawyers, Wood Cutting Machinists and Wood Turners (Säger, Holzbearbeitungsmaschinen und Drechsler), die United Pattern Makers' Association (Modellfischer), sowie die Verbände der Zimmerer und der Schiffszimmerer. II. F.

Bericht der Zentralkommission der Drechsler Deutschlands.

Als man im letzten Halbjahre 1907 die Polemiken in der „Holzarbeiter-Zeitung“ über die Notwendigkeit der Drechslerkonferenz las, mußte man wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß, wenn diese Konferenz gefagt habe, ein neuer Zug des Lebens unter die gefanten Drechsler kommen müsse, wie er nie zuvor da war, und der nie wieder verschwinden könnte.

Hat jedoch schon im ersten Jahresbericht die Zentralkommission alle Ursache, über ungemein große Interesselosigkeit der Drechsler zu klagen, so ist dies bei dem diesjährigen Berichte noch viel mehr der Fall. Gatten wir wenigstens im ersten Jahre eine rege Verbindung angebahnt und aus den meisten Orte Berichte erhalten, so muß jetzt konstatiert werden, daß ein großer Teil Orte, trotz mehrfacher Mahnung, überhaupt nichts mehr von sich hören läßt. Ja, es gibt Orte, die schon heute nicht mehr wissen, daß für die Drechsler eine Zentralkommission besteht; sie wenden sich, um Material über Drechsler zu erlangen, statt an die Zentralkommission, an Nachbarzählstellen, so daß wir die betreffenden Schreiben erst auf Umwegen erhalten, wodurch sich die Erledigung natürlich erheblich verzögert.

Unter solchen Umständen ist es vollkommen ausgeschlossen, daß die Kommission den Beschlüssen der Konferenz Rechnung tragen kann. Es sei hierbei nur an die Frage des Einheitsstarifes gedacht. Obwohl in der Nr. 82 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ein sehr beachtenswerter Artikel aus der Feder des Kollegen Ritzing zu dieser Frage veröffentlicht wurde, haben nur drei Orte dazu Stellung genommen.

Nach solch entmutigenden Erfahrungen, die in allen weiteren Punkten noch ergänzt werden könnten, ist es für die Zentralkommission äußerst schwierig zu arbeiten. Ja, es soll hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß sich die Kommissionsmitglieder mit dem Gedanken trugen, bei der Neuwahl die Kommission nicht wieder zu besetzen. Nur die dringende Notwendigkeit, eine Besserung im Drechslergewerbe anzustreben, zwingt uns nochmals, alles daran zu setzen, um die von der Konferenz gestellten Aufgaben zu erfüllen. Möge diese kurze Darstellung die Kollegen allerorts aufstacheln, damit jeder sein Teil dazu beibringt, daß die Kommission nun endlich im nächsten Jahre produktive Arbeit leisten kann.

Die Arbeiten der Kommission erstreckten sich im vergangenen Jahre zunächst auf die nötigen Vorarbeiten zum Einheitsstarif. Von diesen hoffen wir im laufenden Jahre der Kollegenchaft allseits unterbreiten zu können. Weiter beschäftigte uns die Ausarbeitung einer Statistik der Eisenindustrie. Hierzu waren an 140 Orte, in welchen etwa 1200 Arbeiter beschäftigt sind, Fragebogen versendet. Das Ergebnis dieser Anfragen soll zu einer Agitationsbrochure für die meist organisationslose Industrie verwendet werden. Außerdem erhielten 11 Orte von uns Material über Akordpreise, da man unter Hinweis auf ausbäurige Konkurrenz Abzüge vornehmen wollte. Agitationsveranstaltungen, bei denen Referenten von der Kommission tätig waren, wurden 5 abgehalten, und zwar in Chemnitz, Dresden, Gera, Schmalko und Zeitz. Alle Veranstaltungen sind sehr gut besucht gewesen und hat der Erfolg die Kosten wieder weit gemacht.

Welche enorme Arbeit in der Korrespondenz erledigt werden muß, mag daraus hervorgehen, daß die Kommission nicht weniger als 1049 Postsendungen erledigt hat. Die sonstigen Arbeiten erledigte die Kommission in vier Sitzungen.

Wenn nach alledem feststeht, daß besondere Fortschritte in diesen beiden Jahren nicht gemacht worden sind, so dürfte doch in diesem wie auch im nächsten Jahre, durch die Vertragsbewegung in der Holzindustrie wiederum mehr Leben unter die Drechsler kommen; denn nur zuletzt hat es diese selbst in der Hand, für ihr Gewerbe eine bessere Zeit zu erstreben. Sorge um jeder Kollege durch rastlose Agitationsarbeit mit dafür, daß diese Zeit bald ausbrechen möge.

Zentralkommission für das Drechslergewerbe Deutschlands.
H. H. Osfar Weitzmann,
Leipzig-Schleusig, Kommissär, Pl. II.

*) 1 Pf. Sterling zu 20 Pf. gerechnet.

Soziales.

Sturm im Reichstag.

Der Herrnhut der Junker wird immer unerträglich. Als Parasiten von dem Markt des Volkes zehrend, nehmen sie als die „Edelsten der Nation“ Vorrechte in Anspruch, die ihnen weder nach der Verfassung des Reiches, noch nach der der Bundesstaaten zustehen. Sie besetzen die einträglichen und maßgebenden Stellen in der Armee und in der Staatsverwaltung. Dank der ungerechten Wahlkreisverteilung und dem Korruptionismus, den sie ausüben, besitzen sie auch einen Einfluß in der Gesetzgebung, der weit über ihre Bedeutung hinausreicht. Diesen Einfluß haben sie ausgenutzt, um sich unerhörte Privilegien zu schaffen und sich die Taschen zu füllen mit dem Gut, das dem Volke abgepreßt wird. Aber damit sind die Junker nicht zufrieden. Unser ganzes Verfassungsweien gefällt ihnen nicht. Sie sehen die alte Zeit wieder herbei, wo der Fürst als absoluter Herrscher im Staat und der Feudalherr als unumschränkter Gebieter auf seinem Lande die Gewalt ausübt. Diese Junkerpläne, die als nächstes Ziel die Verkümmern der Reichstages ins Auge fassen, sind nicht neu, aber bisher hat man sich gehütet, das Verlangen nach dem Staatsstreich im Hause des allgemeinen Wahlrechtes anzusprechen. Jetzt ist der Mann gebrochen. Der Junker Oldenburg aus Rannschau, der Freische aus der unverschämten Junkerkaste, hat es gewagt, dem Kaiser, daß der Reichstag mit Waffengewalt auseinandergejagt werde, im Reichstag selbst Ausdruck zu geben.

Es war in der Reichstagsitzung vom 20. Januar. Zur Beratung stand die zweite Lesung des Militärrechts, wobei sich wie gewöhnlich an den Titel: Gehalt des Kriegsministers, eine mehrtägige Debatte knüpfte. Es wurden die alten Klagen vorgebracht. Soldatenniederhandlungen, Bevorzugung des Adels, die Mängel der Militärjustiz mit der barbarischen Bestrafung der Verfehlungen der Untergebenen und der liebevollen Nachsicht gegen Vergehen der Vorgesetzten. Auch die Erhöhung der Löhnung für die Soldaten, die im vorigen Jahre abgelehnt worden ist, wurde wieder verlangt. Sie wird jedoch nicht gewährt werden, da die bürgerlichen Parteien schon bewiesen haben, daß es ihnen mit dieser Forderung nicht ernst ist. Auch im übrigen wird alles beim alten bleiben; der neue Kriegsminister v. Geringsen denkt ebensowenig an durchgreifende Reformen, wie seine Vorgänger.

In dieser Debatte nun nahm auch der konservative Abgeordnete v. Oldenburg-Rannschau das Wort und rühmte das persönliche Verhältnis zwischen dem König von Preußen und den Offizieren. Früher brauchte ein Offizier auf die Presse oder den Reichstag keine Rücksicht zu nehmen; darunter, daß er jetzt auf das Urteil des Reichstages Wert legen muß, leidet der Offiziersstand. „Der König von Preußen muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schicken Sie den Reichstag.“ Diese Worte, welche die geheimsten Herzenwünsche nicht nur des Rannschauer Junkers, sondern der gesamten konservativen Partei offenbarten, die ihrem Vorkämpfer lebhaften Beifall zollten, lösten einen ungeheuren Sturm im Reichstag aus. Die Entrüstung war um so größer, als der amtierende Vizepräsident, der Erbprinz v. Hohenlohe, an dem unverschämten Wort nichts auszufehen fand, und, als ob nichts geschehen wäre, dem folgenden Redner das Wort erteilte. Jetzt rief der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebour: „Was sagt der Präsident dazu?“ Der Präsident sah sich aber trotz dieser Mahnung nicht veranlaßt, seine Pflicht zu erfüllen; dafür fühlte er sich bemüht, den Abgeordneten Ledebour zur Ordnung zu rufen. Damit hatte er Öl ins Feuer gegossen. Die Rede, die der Nationalliberale Mann hielt, ging in dem Tumult vollständig verloren. Dann nahm der Abgeordnete Schrader von der Freisinnigen Vereinigung das Wort, um zu konstatieren, daß der Respekt vor dem Reichstag durch den Abgeordneten v. Oldenburg auf das schwerste verletzt worden sei.

Aber auch jetzt noch hatte der Präsident nicht begriffen, was seine Pflicht war. Es folgte nunmehr eine sehr erregte Geschäftsordnungsdebatte ein, die von Singer eröffnet wurde. Er kennzeichnete die Worte des Rannschauer als eine direkte Aufforderung zum Verfassungsbruch und forderte den Präsidenten ausdrücklich auf, den Reichstag vor Beschimpfungen zu schützen. Der Prinz v. Hohenlohe hatte sich inzwischen ein Sprüchlein zurechtgelegt. Er wollte den Abgeordneten v. Oldenburg so verstanden haben, als ob dieser nur an einem Beispiel zeigen wollen, wie weit die Disziplin des preussischen Offiziers gehe. Und der Junker Oldenburg war still genug, nicht zu seinem Wort zu stehen, sondern sich auf die Ausrufe zurückzuziehen, die ihm der Prinz Hohenlohe vorgelegt hatte. Er fand aber damit keinen Frieden, nachdem er die Vertreter der Nationalliberalen, des Zentrums und der Freisinnigen auf und bestätigten dem Junker Oldenburg, daß sie in seinen Worten eine Mißachtung des Reichstages und eine offensbare Aufreizung zum Verfassungsbruch und zum Hochverrat erblickten, und schließlich bezeichnete Singer die wiederholten Erklärungen des Herrn v. Oldenburg, daß er es gar nicht so gemeint habe, als einen Versuch, zu knifeln. Der letzte Rannschauer meinte zwar, es sei ihm „Wurscht“, was der Abgeordnete Singer von ihm denke, und es ist ihm zuzutrauen, daß ihm die Ansicht der überwiegenden Mehrheit des Reichstages, welche der Abgeordnete Singer zum Ausdruck gebracht hat, gleichgültig ist. Aber damit wird

nur erwiesen, wie gemeingefährlich die Gesellschaft ist, die sich um den Junker Oldenburg schart.

Die Sitzung nahm einen äußerst erregten Verlauf, scharfe Worte wurden zwischen der Linken und der Rechten des Reichstages gewechselt, und der Präsident leitete verschiedene Ordnungsrufe aus. Der Vorgang kann auch noch zu einer Präsidentschaftskrise führen, denn der Abgeordnete Ledebour hat gegen den ersten Ordnungsruf an das Haus appelliert. Am Dienstag wird darüber abgestimmt, und wenn die Mehrheit den Ordnungsruf für unberechtigt erklärt, dann bedeutet das ein Misstrauensvotum für den Erbprinzen v. Hohenlohe, welches diesen zwingt, sein Amt niederzulegen. Ob es dazu kommt, oder ob sich die Mehrheit mit dem Präsidenten solidarisch erklärt, bleibt abzuwarten. Inzwischen hat eine am Montag gepflogene Geschäftsordnungsdebatte gezeigt, daß die Mehrheit des Reichstages gewillt ist, einen Ausweg zu suchen, um dem Vizepräsidenten nicht wehe zu tun.

Diese Seite der Angelegenheit ist auch von untergeordneter Bedeutung im Vergleich zu der Tatsache, daß die Offenherzigkeit des Junkers Oldenburg das deutsche Volk auf die Gefahren aufmerksam gemacht hat, die ihm von den Reaktionsären drohen. Diese Gefahr ist nicht gering anzuschlagen. Das Junkertum glaubt, sich auf die Armeespitzen zu können, deren Offiziere, wie auch der Kriegsminister glaube betonen zu sollen, nicht auf die Verfassung verpflichtet sind, sondern nur dem König Treue geschworen haben. Und es ist nur die Konsequenz dieses Gedankens, wenn Herr v. Oldenburg aussprach, daß jeder Offizier den ihm vom König erteilten Befehl, den Reichstag mit Waffengewalt auseinanderzujagen, ohne Skrupel ausführen würde. Der Fall ist ja schon einmal dagewesen, daß, wenn auch nicht der Reichstag, so doch der preussische Landtag, auf Befehl des Königs von Soldaten auseinandergesprengt wurde. Ob wohl an maßgebender Stelle Neigung besteht, einen solchen Versuch zu wiederholen? Das wäre allerdings ein Spiel um einen hohen Einsatz, denn ein Fürst, der einen solchen Befehl erteilt, begeht Hochverrat, und er hätte die Konsequenzen seines Tuns zu tragen. Das Junkertum glaubt des Meeres sicher zu sein, weil die Offiziere seinen Reihen entnommen sind, aber das Wort Talleyrands, die Rajonette sind für viele Dinge gut, nur nicht, um darauf zu sitzen, hat noch heute seine Gültigkeit. Der Versuch eines Staatsstreichs könnte für seine Urheber recht üble Folgen haben.

Die stürmische Reichstagsitzung vom 20. Januar hat mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, welche Gefahren dem deutschen Volke aus dem halbabsolutistischen Regiment drohen, welches heute noch bei uns herrscht. Ob wohl der Reichstag nun endlich die Kraft finden wird, mit diesen Überresten aus dem Mittelalter gründlich aufzuräumen? — Während im Reichstag diese erregten Debatten geführt wurden, fand im Wahlkreis Eisenach-Deubach die Erziehung für den berühmten „Triolen“-Schach statt. Diese Wahl legte wiederum Zeugnis ab für die wahre Volkstimmung. Die sozialdemokratischen Stimmen vermehrten sich so, daß der Sozialdemokrat Leber im ersten Wahlgang gewählt wurde. Er zieht als der 47. Sozialdemokrat in den Reichstag ein.

Die Arbeitsnachweise der Unternehmer. Ueber die Entwicklung der Arbeitsnachweise der Unternehmer bringt das „Reichsarbeitsblatt“ in seinem Dezemberheft einige Daten, die um so interessanter sind, als die Aufregung über die Einführung des Zwangsarbeitsnachweises im Ruhrbergbau und die Entstellungen über die Maßregelungspraktiken im Mannheimer Unternehmerarbeitsnachweis, welche die weitesten Kreise ergriffen, sich noch nicht gelegt hat.

Für die Einführung solcher einseitiger Arbeitgeberarbeitsnachweise bietet naturgemäß die Großindustrie die günstigsten Voraussetzungen. Die Bewegung zur Errichtung von Arbeitgeberarbeitsnachweisen ging denn auch im wesentlichen aus der kapitalkräftigen Metallindustrie hervor. Bahnbrechend wirkte hier der 1889 errichtete Arbeitsnachweis des Verbandes der Eisenindustrie in Hamburg, bei den Arbeitern bekannt unter dem Namen „Maßregelungsbureau am Kraientamp“. Dieser Nachweis diente den späteren Ordnungen, so auch der Mannheimer, zum Muster. Für die Ausbreitung der Unternehmerarbeitsnachweise wirkten alljährlich stattfindende Konferenzen, die früher vom Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller, später von dem diesem verwandten Verein deutscher Arbeitgeberverbände, einberufen wurden. In den Bestrebungen dieses Vereines nimmt der Arbeitsnachweis einen besonders breiten Raum ein.

Als Aufgabe des Arbeitsnachweises wird von diesen Arbeitgeberverbänden aber nicht nur die reine Arbeitsvermittlung, bei der die Tüchtigkeit des Arbeiters ausschlaggebend sein soll, bezeichnet, sondern darüber hinaus auch die Bekämpfung des Vertagsbruchs durch kürzere oder längere Nachberücksichtigung der Vertragsbrüchigen, die Beschaffung von Arbeitskräften bei Arbeitermangel, endlich aber auch die Beschaffung von Arbeitsmitteln in Streikfällen. Wenn der Leiter des Hamburger Nachweises bei einer Konferenz im Jahre 1905 außerdem zu den Aufgaben rechnete, „eine möglichst unparteiische Behandlung der Arbeitssuchenden, damit auch diese den erwünschten Nutzen aus ihrem Verkehr mit dem Arbeitsnachweis ziehen können“, so hat die Praxis dieser Maßregelungsbureaus diese Theorie schon längst Lügen gestraft.

Die Unternehmerverbände haben für ihre Arbeitsnachweise vielfach den Benutzungszwang für ihre Mitglieder und dadurch mittelbar auch für die einzustellenden Arbeiter eingeführt. Es ist dies besonders bemerkenswert angesichts des Umstandes, daß doch gerade in unserm Gewerbe die allgemeine Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises bisher an der Ablehnung des von uns ge-

forderten Benutzungszwanges, des sogenannten Obligatoriums, seitens des Arbeitgeberverbandes scheiterte.

Die Unternehmerarbeitsnachweise unterscheiden sich hauptsächlich in solche nach dem Hamburger und solche nach dem Berliner System. Die letzteren sind eigentlich nur Kontrollstationen. Der Arbeitssuchende muß sich vor dem Umschauen oder nach der vorläufigen Einstellung in Folge des Umschauens vom Nachweis einen Schein holen, bei dessen Verweigerung die Arbeit nicht angetreten werden kann. Daneben werden allerdings in manchen Fällen auch Arbeitsstellen direkt zugewiesen.

Die ältesten Arbeitsnachweise gehören der Metallindustrie an. Aus dieser waren Ende 1900 dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände allein 40 Nachweise angeschlossen. Zahlreicher sind jedoch die aus dem Bau- und Gewerbe, wo dem Reichsstatistikamt deren allein 63 bekannt waren. Bei den gegenwärtig schwebenden Tarifverhandlungen in diesem Gewerbe spielt übrigens die Nachweisfrage eine erhebliche Rolle. Die Arbeitgeber fordern für das neue Vertragsmuster eine Bestimmung, die den obligatorisch zu benutzenden Arbeitsnachweis ganz in ihre Hände gibt. Dagegen wehren sich begreiflicherweise die Arbeiter. Die Vereinigten Deutschen Maschinenfabriken unterhalten in Hamburg einen Zentralarbeitsnachweis, der die Vermittlung in ganz Deutschland beherrschen soll.

Die fast ausschließliche Herrschaft des Unternehmerarbeitsnachweises besteht ferner im Fabrik-, Bau- und Großschiffahrtsbetriebe Hamburgs, wo die Arbeiter einem besonders kapitalkräftigen Unternehmertum gegenüberstehen. Aus der Textilindustrie sind nur fünf Unternehmerarbeitsnachweise bekannt. Dagegen hat die trotz des entschiedenen Widerstandes der vier Bergarbeiterorganisationen am 1. Januar 1910 erfolgte Einführung des Bedenarbeitsnachweises im Ruhrbergbau viel von sich reden gemacht. Dieser besteht aus einer Zentralstelle in Essen und einer Anzahl Nebenstellen. Kennzeichnend ist, daß der Bedenarbeitsnachweis den Benutzungszwang nur für die Einstellung inländischer Arbeiter hat.

Jüngeren Ursprungs sind ebenfalls noch die Nachweise der gemischten Verbände (mehrerer oder aller am Orte vorherrschender Berufe). An solchen Vermittlungsstellen sind dem Statistischen Amt 28 bekannt, die sich in der Hauptsache auf Orte mittlerer Größe beziehen. Von dieser Gruppe haben die Nachweise in Harburg, Stettin, Wahnheim-Ludwigshafen und Nordenham den Benutzungszwang eingeführt.

In diesem Zusammenhang seien auch die Annahmearbeitsnachweise genannt, obgleich diese nach der Gewerbeordnung eigentlich zu den paritätischen gezählt werden müßten. In der Zinnung haben nominell auch die Gesellen eine Vertretung, den Gesellenausschuß, der nach einer allerdings von den Meistern vielfach umstrittenen Gesetzesbestimmung auch bei der Verwaltung der Arbeitsnachweise mitwirken sollte. Bei der Abneigung der meisten Zinnungen gegen die Gesellenkontrolle ist diese in der Praxis freilich so gut wie gar nicht vorhanden. Das „Reichsarbeitsblatt“ folgert auch nicht unrichtig, daß bei der Verwaltung in der Regel die Meisterinteressen den Ausschlag geben werden und stützt sich dabei auf eine Erhebung vom Jahre 1904, wonach von den vorhandenen 240 Zinnungsnachweisen nur 305 die Gesellen zur Verwaltung mit herangezogen haben. Die Zinnungsnachweise haben sich seitdem vielerorts zu reinen Arbeitgeberarbeitsnachweisen entwickelt, wie dies insbesondere im Berggewerbe zu beobachten ist. Demgegenüber haben sich allerdings auch einzelne auf Grund von Tarifverträgen zu paritätischen Nachweisen umgewandelt.

Die Lohnzahlungsbücher für minderjährige Arbeiter sollen wieder beseitigt werden. Durch die Novelle vom Jahre 1900 ist in der Gewerbeordnung eine Bestimmung aufgenommen worden, welche die Arbeitgeber verpflichtet, für die minderjährigen Arbeiter Lohnzahlungsbücher einzurichten. Durch diese Bücher sollte den Eltern der Minderjährigen Gelegenheit gegeben werden, die Höhe der letzteren zu kontrollieren. Auch sonst hat man sich alle möglichen Vorteile von dieser Einrichtung versprochen, die natürlich nicht in Erfüllung gehen konnten. Die Gesetzesbestimmung geht nämlich von Voraussetzungen aus, die schon lange nicht mehr erfüllt sind. Heute ist es eine Ausnahme, wenn die erwerbsfähigen jugendlichen Arbeiter bis zu ihrer Volljährigkeit in der häuslichen Gemeinschaft mit ihren Eltern leben. Der Arbeiter muß meist lange vor der erreichten Volljährigkeit seinen Lebensunterhalt selbstständig erwerben und da ist es ganz natürlich, daß er sich einer heimlichen Kontrolle seiner Lebensführung nicht so leicht unterwirft. In den äußerst zahlreichen Fällen, wo Minderjährige außerhalb des Wohnortes ihrer Eltern ihrem Erwerb nachgehen, ist eine derartige Aufsicht schon an sich praktisch undurchführbar. Jetzt hat man sich endlich auch in den maßgebenden Kreisen von der Zwecklosigkeit der Lohnzahlungsbücher überzeugt und in der nächsten Novelle zur Gewerbeordnung sollen sie wieder beseitigt werden.

Wohnungsnot und Baulätigkeit in München. Nach der am 7. November 1900 in München vorgenommenen Wohnungszählung, deren Ergebnisse nun das städtische statistische Amt veröffentlicht, waren zu dieser Zeit 833 leere vermietbare Wohnungen vorhanden, d. h. gleich 0,6 Proz. des Gesamtbestandes von mindestens 140.000 Wohnungen. Nach einem allgemein angenommenen Normalsatz der leeren Wohnungen von 3 Proz. des Gesamtwohnungsbestandes sollten rund 4200 sofort vermietbare Wohnungen für die Wohnungssuchenden zur Verfügung und Auswahl gestanden sein. Während nach diesem Normalsatz eine leere Wohnung durchschnittlich auf 83 Haushalte oder 182 Personen treffen sollte, berechnet sich zurzeit eine leere Wohnung erst auf 171 Haushalte oder 684 Personen. Es ist daher eine unumgängliche Tatsache, daß wir es in München mit einem außerordentlichen Wohnungsmangel zu tun haben.

Es ist auch interessant zu sehen, wie stark eigentlich die Baulätigkeit in München früher war und wie sie dann zurückgegangen ist. Es wurden Wohnungen in Neubauten erstellt: 1899: 4750, 1900: 6349, 1901: 5234, 1902: 4224, 1903: 3294, 1904: 1481, 1905: 1508, 1906: 1125, 1907: 961, 1908: 1163 und 1909: 1231; es zeigt sich also ein allmähliches Ansteigen der Baulätigkeit. Entsprechend

Dresden ein Aufstellungsgebiet bilden, in Verbindung zu treten. Der bevorstehende Gaukongress bietet hierzu Gelegenheit; die Kollegen müssen dahin wirken, daß auch Maschinenarbeiter zum Gaukongress delegiert werden.

(Vorbericht) In der gut besuchten Versammlung am 22. Januar wurde der Jahresbericht angenommen. Der Organisationsstand ist ein guter. Von 141 auf 147 Beschäftigten sind 120 organisiert. Die höchste Arbeitszeit beträgt 14 Stunden, die niedrigste 12 Stunden, es haben 9 Versammlungen, 7 Werkstattdelegiertenversammlungen, 6 Sektionsversammlungen, 18 Werkstattbesprechungen und eine Sektionskassation stattgefunden. Mehrere führten uns 6 neue Kollegen an. In der Gesamtsitzung hatten wir mit den Ammunisten eine Mißsprache genommen. Es wurde aber eine Entschuldigung durch das Schiedsgericht von verschiedenen ausführenden Mitarbeitern mit der Ammunistverwaltung nicht erzielt. Lohnbewegungen haben im Berichtsjahre 2 stattgefunden. Bei der Firma Peter u. Steinhilber haben die Kollegen eine Lohnverhöhung von 1 Mk. pro Woche erzielt. Bei der Firma Elements (Zemlinarbeiter) wurde 1 Pf. pro Woche zugelegt. In der sich anschließenden Diskussion wurde bekannt, daß die tariflich festgelegte Arbeitszeit bei den Säunungsmeistern bloß auf dem Papier steht. Die Kollegen werden ermahnt, die Arbeitszeit richtig einzuhalten. Des weiteren ermahnt die Versammlung die Tätigkeit der Sektionsleitung an, was auch die einstimmige Wiederwahl derselben zeigte. Die Erhebung erhöhter Beiträge infolge der in Aussicht stehenden Aussperrung der Sauer- und Möbelfabrik wurde von der Versammlung gutgeheißen.

(Stichtag) (Vorbericht) Den Kollegen, die gewillt sind, nach dem Allenlande zu kommen, zur Nachricht, daß hier seit den letzten vierzehn Tagen elf Kollegen arbeitslos sind und noch verschiedenen wegen schlechten Geschäftsganges gekündigt ist. Die reisenden Kollegen werden deshalb in ihrem eigenen Interesse ersucht, einen großen Regen zu machen, damit sie das Allenland nicht berühren.

Friedrichshafen am Bodensee. Am 16. Januar fand hier eine sehr stark besuchte Holzarbeiterversammlung statt, in welcher unser Kollege Christianen-Stuttgart in ausführlicher Weise ein Bild von dem gegenwärtigen Stande der Tarifverhandlungen gab. Die Versammlung war sich vollständig einig in dem Willen, dem Verbaude die Mittel zur Durchführung des Kampfes zur Verfügung zu stellen. Die Kollegen, welche bisher der Zahlstelle Ravensburg angegeschlossen waren, wünschten die Erziehung einer eigenen Zahlstelle. Diesem Wunsche, der früher schon vorgelegen, konnte jetzt um so leichter entsprochen werden, als die Zahl der am Orte beschäftigten Kollegen sich in der letzten Zeit erheblich gesteigert hat und die Entwicklung der Stadt für die Zukunft der Zahlstelle eine gewisse Garantie bietet. So spricht man zur Wahl der Lokalverwaltung, die infolge der Arbeitslosigkeit der Kollegen schnell erledigt werden konnte. Die Arbeitsverhältnisse Friedrichshafens sind keineswegs zeitensprechend zu nennen. Gehören doch Löhne von weniger wie 3 Mk. täglich, keineswegs zu den Ausnahmen. An Arbeit für die junge Zahlstelle wird es in Zukunft nicht fehlen. Wünschen wir derselben zu ihrer Entwicklung das Beste Gedeihen.

Uetz. Die am 23. Januar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Es wurde mit großer Majorität beschlossen, den Verbandsbeitrag vom 1. Februar an von 65 auf 75 Pf. zu erhöhen. Im weiteren wurde noch auf den Arbeitsnachweis aufmerksam gemacht, derselbe befindet sich in der Herberge, Bärentasse 6. Das Umfassen ist hier auf jeden Fall zu unterlassen.

Greiz. (Witz) und (Witz) Die Firma Heinrich Köppler, Erste Greizer Strickzieher- und Spinnfabrik, sucht in letzter Zeit immer Württemberg und hat es meist auf Verheiratete abgesehen. Da dauernde Arbeit verprochen wird, sind schon mehrere Kollegen darauf hereingefallen und hierhergekommen in dem festen Glauben, hier eine gute dauernde Stellung zu finden. Doch haben verschiedene es vorgezogen, gar nicht erst anzukommen; andere haben zwei bis drei Tage gearbeitet und sind dann wieder abgereist, denn trotzdem hier die Lebensmittel ebenso teuer sind wie in anderen Orten, ist der Lohn sehr gering. Da es doch für einen Verheirateten ein Vergnügen ist, das seine saure verdienene Gröschen für Meißelgeld auszugeben, so möchten wir alle Kollegen dringend ersuchen, auf derartige Scharben nicht hereinzufallen und Greiz zu meiden, zu mindesten aber rechtzeitig Entschädigung bei der Ortsverwaltung einzuholen.

Landsberg a. W. In einer am 24. Januar abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung, welche von 130 Kollegen besucht war, sprach Kollege West-Verlin über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung. Allgemein wurde von der Versammlung anerkannt, daß die Maßnahmen des Sauerverbandes zurückgewiesen werden müssen. In dieser Erkenntnis wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Februar an einen Gesamtbeitrag von 75 Pfennig zu erheben. Die Mitgliederzahl hat sich hier im letzten Jahre recht erfreulich entwickelt und hat jetzt 220 erreicht. Bei allseitiger Mitarbeit der Kollegen werden diese Fortschritte anhalten.

Leipzig. (Drehler) Am 23. Januar fand eine Versammlung für alle Branchen statt. Kollege Gleitsmann gab ein Bericht über die bisherige Tätigkeit der Zentral-Kommission. Ab dann wurde die Neuwahl vorgeschlagen und in der Zentralkommission die Kollegen Gleichmann, Wilmanns, Reimann, Schöngel und Steiger gewählt. Namens der Sektionsleitung berichtete Kollege Köhler, daß die Drehler Leipzigs im vergangenen Jahre sehr wenig haben erzielen können, da Arbeitslosigkeit vorherrschend war, auch das Umfassen in den Betrieben nicht nachließ, was den Arbeitgebern zu allen möglichen Ersparnissen der in den Betrieben Beschäftigten anregte. Es haben im vergangenen Jahre stattgefunden: 1 Drehschleifmaschinen, 7 Sitzungen und 19 Werkstattversammlungen. Ferner berichtet Kollege Köhler, daß in der Gesamtsitzung von den Kollegen versucht wurde, infolge der Lohnverhöhung in der Sauerfabrik den Sauerverband übergeben. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher ausgesprochen wird, daß alles aufzuheben ist, um dies zu verhindern, und daß gegen die Sektion des Fabrikarbeiterverbandes unter den Drehlern

und deren Hilfsarbeitern sowie auch gegen die Ansicht des Hauptverbandes des Fabrikarbeiterverbandes, nach der alle Sauerarbeiter in den Fabrikarbeiterverband gehören, entschieden Protest eingelegt wird. Zugleich wird unser Hauptverband ersucht, diese Angelegenheit mit der Sektion des Fabrikarbeiterverbandes zu regeln. Zur Sektionsleitung wurden die Kollegen Köhler, Brandes, Schulte und Pfau wiedergewählt.

Wartburg. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 11 auf 12 gestiegen ist. Bei der Firma H. Schinder, Sauerwarenfabrik, ist ohne Kampf ein Tarif auf drei Jahre abgeschlossen, wodurch die Kollegen einen Monatszuschlag von 10 Pf., und eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf. erlangt haben. Unter Punkt „Beitragsverhöhung“ wurde beschlossen, den Beitrag bis auf höchstens auf 80 Pf. zu erhöhen, wobei 70 Pf. an die Hauptkasse abgeführt werden. Sämtliche Funktionäre wurden wiedergewählt.

Werra. In der am 19. Januar abgehaltenen Versammlung hielt der Sauerfelder Kollege Thielmann ein Referat über den bevorstehenden Kampf in der Holzindustrie und über die Erhebung der Beiträge. Nach der sich anschließenden Diskussion wurde die Erhebung eines Monatsbeitrages von 20 Pf. ab 1. Februar beschlossen. Am Hinblick auf den bevorstehenden Kampf wurde an die Mitglieder die Mahnung gerichtet, treu zum Verbaude zu halten und die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen. Ferner machen wir den durchreisenden Kollegen zu Pflicht, das Umfassen zu unterlassen. Arbeit wird beim Kassieren nachgewiesen.

Wernigerode. In der am 16. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurden die Kollegen Claus als Bevollmächtigter und Gierlein als Kassierer wiedergewählt. Sodann sprach der Kollege Gierlein über die Notwendigkeit der Beitragsverhöhung. Einstimmig wird beschlossen, ab 1. Februar 70 Pf. zu erheben. Es ist dies, den schlechten Verhältnissen entsprechend, hoch genug. Sollen jedoch einzelne Kollegen in der Lage sein, größere Opfer bringen zu können, so ist dazu jederzeit Gelegenheit gegeben. Kollegen, besucht alle Versammlungen so wie die letzte. Zeit auch in dieser bewegten Zeit euer Verbandsorgan und agitiert für neue Kämpfer.

Wernigerode. Die hiesige Zahlstelle hielt am 17. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Die Zahlstelle ist auch in dem abgelaufenen Geschäftsjahre wieder ein Bild vorwärts gekommen. Die Zahl der Mitglieder ließ sich ja nicht so steigern als in den Vorjahren, weil die Holzindustrie noch sehr unter der Krise zu leiden hat. Der größte Betrieb am Orte, die Sächsische Holzindustrie-Gesellschaft, beschäftigt allein 102 Kollegen weniger als am Schluss des Vorjahres. Die Zahl der Organisierten wird aber immer kleiner. Unsere Zahlstelle hat sich von 18 Mitgliedern bei ihrer Gründung am 20. April 1891 auf 763 am Jahreschlusse 1908 und 768 Ende 1909 entwickelt. Die mit dem Arbeitgeberverband anlässlich der Aussperrung im Jahre 1908 vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 67 auf 68 Stunden wurde am 1. April 1909 in allen in Frage kommenden Betrieben glatt durchgeführt. Die Sachlichkeitskommission wurde durch den angeblichen Austritt von zehn Firmen aus dem Arbeitgeberverband zunichte. Dieser Austritt wurde aber nur vorgeschoben, um die Schlichtungskommission zu beseitigen. In Wirklichkeit besteht auch heute noch der Arbeitgeberverband für Wernigerode und Umgegend, der ohne diese zehn Firmen gar nicht fortbestehen könnte. Die Schlichtungskommission, welche aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern zusammengesetzt war, hatte während ihres kurzen Bestehens in fast allen Fällen zugunsten unserer Kollegen entscheiden müssen. Die meisten Differenzen mit den Arbeitgebern bestanden darin, daß immer der Versuch gemacht wurde, Abzüge von den bestehenden Monatslöhnen zu machen. In dem Witz der photographischen Branche von Stolze u. Schulte war es möglich, einen Vertrag bis zum 1. Februar 1912 festzusetzen. Die Kollegen erhielten dort die 53stündige Arbeitszeit und dementsprechende Lohnzulagen. In der Möbelfabrik von König in Seifersdorf wurde die Arbeitszeit nach vierzehntägigen Streik von 66 auf 60 Stunden verkürzt. Die gutbesuchte Versammlung beschloß in geheimer Abstimmung fest einstimmig, den Beitrag für männliche Mitglieder ab 1. Februar auf 85 Pf. festzusetzen. Verheiratete Kollegen, welche durchschnittlich unter 18 Mk. pro Woche verdienen, können auf ihren Antrag vom Extrabeitrag befreit werden. Wir hoffen, daß die Kollegen auch in diesem Jahre ihre Unterstützung der Verbandsverwaltung nicht versagen werden, um so durch gemeinschaftliche Arbeit die Zahlstelle weiter vorwärts zu bringen.

Niesau. In der am 23. Januar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Nach Erledigung des Jahres- und Wahlenberichts hielt der Sauerfelder Kollege Gierlein einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung. Er behandelte ausführlich die Mängel und die Entwicklung des Tarifwesens in der deutschen Holzindustrie und den gegenwärtigen Stand der Tarifverhandlungen. Allgemein wurde in der Versammlung anerkannt, daß die Maßnahmen des Sauerverbandes zurückgewiesen werden müssen und daß die an den Vertragsverhandlungen nicht beteiligten Orte ein großes Interesse an der glücklichen Durchführung haben. Ein Erfolg in den vorerwähnten Vertragsarten erleichtert zweifellos auch in allen Zahlstellen den Kollegen spätere Erfolge. Nach ausgiebiger Diskussion gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach der Beitrag vom 1. Februar 1910 ab 75 Pf. statt bisher 60 Pf. beträgt. Es ist nun aber auch Pflicht der Kollegen, den Beitrag pünktlich zu entrichten, damit sie nicht im Rückstande bleiben.

Riegenhals. Die Arbeitsverhältnisse sind hier bei 12 bis 18 Mk. Wochenverdienst und 60stündiger Arbeitszeit keineswegs rosig. Die angedrohten Verschlechterungen bei der Möbelfabrik „Hoffnung“ haben die Kollegen wieder etwas auf die Beine gebracht. In der Versammlung vom 24. Januar wurde nach einem Referat des H. Gierlein ans Reich beschlossen, den Beitrag auf 80 Pf. für die gegenwärtige Kampfzeit festzusetzen. Die Kollegen wären sich dabei bewußt, daß dies geleistet werden mußte, wo doch einzelne so viel für Almbüchereien ausgeben können. Unterstützen wir jetzt die kämpfenden Orte, so wissen wir, daß wir dadurch um so eher auch hier zu

besseren Verhältnissen kommen. Mögen nun aber auch unsere Versammlungen, die regelmäßig am ersten Sonntagabend im Monat stattfinden, stets gut besucht werden.

Unsere Lohnbewegung.

In Witten i. W. sind in der Möbelfabrik von Reichwald erste Differenzen angedroht. Die Kollegen verlangten dort eine Regelung der Monatsbezüge und einer längeren Liste von anderen Wünschen, wie Pausenbezahlung der Überstunden, wöchentliche Abschlagszahlung, Aufschaltung von fehlenden Bezügen usw. In den Monatspreisen bewachte vollständige Inaktivität, der eine Kollege bekanntlich dieselbe Arbeit mehr wie ein anderer, der nicht so schnell aufstehen konnte. Journierbüchse oder -presse kennt man in der einen Werkstatt nicht. Die Kollegen dieser Werkstatt müssen immer erst einen großen Umweg verlaufen, wenn sie fontenieren wollen. Überstunden wurden nur mit dem gewöhnlichen Stundenlohn bezahlt. Maschinenführer, die überall im Industriegebiet einige Pfennige mehr bekommen wie Sauerländer, erhalten hier weniger. Stundenlanges Warten auf Material ist an der Tagesordnung, Entschädigungen dafür gibt es nicht. Vergeliche hatten die Kollegen mehrere Male versucht, Ordnung zu schaffen, zur Antwort gab es Verpöndungen und Verhöhnungen. Als die Kollegen Ernst machten, wurde ihnen ein Arbeitslohn vorgelegt, der noch niedrigere Preise enthielt, wie bisher schon bezahlt wurden. Das Verlangen, daß bei Abfordern des Material an die Bank zu liefern ist, wurde damit beantwortet, daß die Kollegen den Hilfsarbeiter, der dies besorgt, aus ihrer Tasche bezahlen sollten, wodurch die Monatsbezüge dann noch mehr herabgesetzt werden müssen. Laßt die Firma sich auf Zugeständnisse nicht ein, wird es dort zum Kampf kommen und werden die Kollegen dringend gebeten, den Zugzug streng fernzuhalten.

In Weissenhausen (Unterfranken) sind am Samstag den 22. Januar, sämtliche Schreiner, Beizer, Holzer und Maschinenarbeiter ausgesperrt worden. Um die Angelegenheit auf glücklichen Wege zu regeln, fand am selben Tage noch eine Verhandlung statt, bei welcher die Arbeiter die Herabsetzung der Arbeitszeitverkürzung fassen ließen, ebenso wurde in der Lohnhöhe nach ein Pfennig nachgelassen, so daß für die zweijährige Tarifperiode nur je ein Pfennig verlangt wurde, wohingegen die Firma für einen zweijährigen Vertrag nur einen Pfennig geben wollte. Darauf teilten die Arbeiter, bei den niedrigen Löhnen, wie sie dort noch bezahlt werden, nicht eingehen, erklärten sich aber bereit, ohne Vertrag, unter den alten Bedingungen weiterzuarbeiten. Damit hatten die Kollegen alles getan, um den Kampf zu vermeiden, aber all dieses Entgegenkommen seitens der Arbeiter wurde von der Firma abgelehnt und die Leute entlassen. Wir bitten deshalb, den Zugzug nach Weissenhausen streng fernzuhalten.

In Ziegenhals ist ein vor etwa vierzehn Tagen ausgebrochener Konflikt mit der Möbelfabrik „Hoffnung“ zur Zufriedenheit aller Beteiligten beigelegt. Nachdem die Firma versucht hatte, von auswärts Streikbrecher heranzuziehen, kamen unsere Ausständigen mit um so größerem Interesse ihrer Pflichten als Streikposten nach und ist es ihnen Bemühungen gelungen, die auskommenden Fehler alle wieder abzuschleichen. Mit der beireiten Firma wurde vereinbart, daß die geplanten Verschlechterungen zurückgezogen, die entlassenen Kollegen nach Bedarf und die Entlasser bis zum 15. Februar wieder eingestellt werden. Es wird kein Fremder angenommen, bis sämtliche früher dort Beschäftigten wieder in Arbeit sind.

In Ruffenhäusen ist der im Jahre 1906 abgeschlossene Vertrag am 31. Dezember 1909 abgelaufen. Die Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Vertrages zeitigten aber bis jetzt keinen Erfolg. Die von den Unternehmern vorgeschlagenen Bedingungen weisen sehr wesentliche Verschlechterungen unseres bisherigen Vertrages auf; daß auf solcher Basis ein für drei Jahre geltender Vertrag nicht abgeschlossen werden kann, ist ganz selbstverständlich. Bereits zweimal haben die Unternehmern die Aussperrung angedroht; besonders sind die vorlauten Herren, die kaum einen oder zwei Gesellen beschäftigen, mit der Drohung bei der Hand. Zur Durchführung der Aussperrung braucht man aber hauptsächlich die großen Geschäfte, und die Hüften sich nach den Erfahrungen vom Jahre 1909. Hat doch bei der letzten Tarifbewegung ein Arbeitgeber gefagt: Durch den langen Kampf 1909 hat die hiesige Holzindustrie Lundschaft verloren, die nicht mehr nach Ruffenhäusen kommt. Deshalb sagten sich einige größere Firmen, die Forderungen sind uns zwar nicht angenehm, aber eine Aussperrung ist uns ein noch viel größerer Schaden, und so mußten die Kleinmeister, die mit Hochdruck arbeiteten, auf dieselbe verzichten. Die größeren Firmen erklärten sich sogar bereit, die von uns vorgelegten Forderungen, mit Ausnahme der Arbeitszeit, anzuerkennen. Doch auch in letzter Frage hoffen wir noch eine Einigung zu erzielen. Greifen aber die Herren zur Aussperrung, so werden sie uns gewappnet finden.

Aus der Holzindustrie.

Zur Lage der Automobilindustrie.

a. h. — Der leichten Erholung, welcher sich die deutsche Automobilindustrie nach der schweren Krise des Jahres 1907 in 1908 erfreuen konnte, ist im vorliegenden Jahre eine Auswärtsbewegung gefolgt, wie in wenigen anderen Industriezweigen in gleichem Grade aufzuweisen hatten. Auf den Export der Einfuhr und Paries Aufzuweisen der Ausfuhr zeigt die Bilanz des auswärtigen Handels mit Motorfahrzeugen im Jahre 1909.

Nach den amtlichen statistischen Monatsberichten über den auswärtigen Handel betrug die Einfuhr von Personemotorfahrzeugen einschließlich Chassis in den ersten 11 Monaten des Jahres 1909 1158 Stück im Gewichte von 11 627 Doppelzentnern gegen 1146 Stück im Gewichte von 11 206 Doppelzentnern im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Die Ausfuhr stieg in der gleichen Zeit von 1081 Stück auf 1021 Stück im Gewichte von 13 747 resp. 10 650

Doppelzentnern. Der Wert der Einfuhr betrug von Januar bis einschließend November 1909 8765 000 Mk. und der Ausfuhrwert 14 813 000 Mk. Zum ersten Male wurde in diesem Industriezweige die Einfuhr von der Ausfuhr überflügelt, und zwar gleich um 70 Proz. Gleichzeitig stieg die Zahl der ausgeführten Personentaxen ohne Chassis (Karosserien) im selben Zeitraum von 13 auf 66 Stück — also um fast 500 Proz.; während sich die Einfuhr nur von 13 auf 15 Stück erhöhte. Der Hauptabnehmer der ausgeführten Karosserien ist Oesterreich-Ungarn, das von den 66 Stück allein 56 bezog.

Daneben war aber der Absatz im Inland ein solcher wie kaum je zuvor. In Berlin wurden z. B. im Vorjahre über 300 neue Automobilroschen in den Verkehr gestellt. Der Bedarf an Luxus- und Gebrauchsautomobilen erheischte ebenfalls eine starke Nachfrage, so daß kurzzeitig die Automobilfabriken Chassis nur mit sechsmonatlicher und noch längerer Verzögerung zu liefern im Stande sind. Dieser Aufschwung ist ein Beweis, daß die deutsche Automobilindustrie aus den nachteiligen Wirkungen der letzten Krise die richtigen Lehren zu ziehen verstand. Die Resultate derselben sind: bedeutende Verbesserungen in der Konstruktion, Bau von Automobilen zu wirtschaftlichen Preisen und insbesondere das Bestreben nach Fabrikation eines billigen Gefährtes, dem sogenannten „Volksauto“. Die N. G. A. (Neue Automobil-Gesellschaft) in Berlin, eine Tochtergesellschaft der N. G. G., arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck an der Herstellung von tausend neuen Doppel-Phaetons. Es ist dies — soweit uns bekannt — der erste größere Versuch der serienweisen Anfertigung von Automobilen, wie er allerdings in Nordamerika schon seit Jahren gepflegt wird. Auch die Fabrikation der Karosserien wird in dem genannten Falle erleichtert, und zwar zum größten Teile von der Delmenhorster Wagenfabrik von Tönjes betrieben. Dieser Betrieb wurde erst im Oktober des Vorjahres unter Beteiligung von fünf der N. G. A. nahe liegenden Berliner Kapitalisten in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das sofort eingezahlte Aktienkapital beträgt 600 000 Mk. Zweck des Unternehmens ist: „serienweise Herstellung von Automobilkarosserien nach einem patentierten Verfahren.“

Diese Neuerscheinung im Karosseriebau verdient in den Kreisen der Stellmacher die größte Beachtung. Wenn auch dort, wo ein etwaiger technischer Fortschritt vorliegt, nicht ohne große Schwierigkeiten gegen die wirtschaftliche Entwicklung ankämpfen läßt, so liegt es doch im gegenseitigen Interesse aller Beteiligten, naturgemäß mitwirkende Lohnreduktion jederzeit abzuwehren zu können. Die Automobilfabriken gehen immer mehr zum selbständigen Karosseriebau über. So beschäftigen bereits Opel-Müsselsheim und Benz-Mannheim jeder über 100 Stellmacher im eigenen Betriebe. Auch die Mercedes-Werke in Mannheim, Daimler-Stuttgart, Dürkopp-Bielefeld u. a. sehen diesen nicht viel nach. Gerade die Kollegen in diesen Betrieben werden am ehesten von den an dem Delmenhorster Falle getenutzten neuen Fabrikationsmethoden getroffen.

Auch die selbständigen Wagenbauer stehen derartigen Vorgängen mit nassen Augen gegenüber. Als das „Berliner Tageblatt“ im Juli v. J. einen Artikel über: „Billige Karosserien“ brachte, trat das führende Organ der Wagenfabriken, „Der Wagenbau“, in seiner Oktobernummer den dort vertreteten Tendenzen mit verhaltenem Groll entgegen. So hieß es hierin u. a.: „Es wäre deshalb für den allgemeinen Automobilismus und insbesondere für den Wagenbau sehr von Vorteil, wenn die Massenfabrikation nur auf die kleinen offenen Karosserien beschränkt bliebe. Diefelben werden ja heute schon zu sehr billigen Preisen hergestellt, daß wohl an einer weiteren Verbilligung nicht mehr gedacht werden kann. . . Die Massenfabrikation von Automobilkarosserien wird sich in Deutschland schwerlich durchführen lassen, und es wäre auch sehr zu bedauern, wenn die Wagenbauer sozusagen ausgeschaltet werden sollten.“

Sicherlich wird der Karosseriebau noch manche Umwälzung durchmachen. Soviel steht heute aber unumstößlich fest: Die deutsche Automobilindustrie wird sich in steigendem Maße zu einem bedeutungsvollen Produktionszweige auf dem Weltmarkte entwickeln und nur an den Arbeitern wird es selbst liegen, die künftige Entwicklung zu ihren Gunsten zu lenken.

Ueber den Arbeitsmarkt in der Holzindustrie berichtet das „Reichsarbeitsblatt“, daß im Monat Dezember die Lage verschiedenartig war. Als gut, und zwar besser als Vormonat, wird der Geschäftsgang der Holz- und Mastfabrikation, der Betriebe für Parkett- und Stabfabrikation, und der Valousiefabrikation bezeichnet, was auf die verhältnismäßig noch geringe Tätigkeit im Baugewerbe zurückzuführen wird. In den Baugewerken in Pommeren ist nach dem Berichte des Vereins ostpreussischer Holzindustrieller die Winterbeschäftigung allmählich in flotterem Maße aufgenommen worden, dagegen meldet ein Bericht aus Süddeutschland eine Verflechterung. Die Berliner Möbeldindustrie war im Berichtsmontat durchweg mäßig beschäftigt. Verringerungen standen auf der anderen Seite Verschlechterungen gegenüber. Als sehr schlecht wird der Geschäftsgang der Kontorübellen bezeichnet. Der Verband süddeutscher Holzindustrieller meldet ziemlich flauen Geschäftsgang. Die Norbwarenindustrie war in ihren verschiedenen Zweigen ungleichartig beschäftigt; soweit Möbel in Frage kommen, hat die Geschäftslage infolge der Verbilligung des Weihnachtsgeschäftes nachgelassen. Ein Bericht aus Lichtenfels meldet, daß die Norbwaren her-

stellende Hausindustrie zum größten Teil gut mit Arbeit versehen war, vor allem Dingen im Vergleich zum Vorjahre. Die Wärsen- und Pinselwarenindustrie war im Berichtsmontat noch immer ziemlich günstig beschäftigt. Auch die Sonneberger Spielwarenindustrie war lebhaft beschäftigt, da rege Nachfrage nach neuen Mustern einsetzte. Im Eisenbahnbau ist die Beschäftigung weiter gesunken, dagegen war die Automobilindustrie gut beschäftigt, im allgemeinen besser als im Vorjahre.

Unser Handbuch für die Verbandsfunktionäre ist zwar schon ein paar Jahre alt, es hat aber erst jetzt die Aufmerksamkeit der „Parole“, der amtlichen Zeitung des Deutschen Arbeiterbundes erregt. Dem Organ der Kriegsschläger in Friedenszeiten sind ganz besonders die „Ratschläge für die Agitation“ aufgefallen, die in dem Handbuch erteilt werden. In der uns von befreundeter Seite zugesandten Nr. 7 der „Parole“ finden wir an hervorragender Stelle einen Artikel, der sich mit dem Gegenstand beschäftigt. Das Handbuch wird da als ein „sozialdemokratisches Agitationswerk“ angesprochen und über die Ratschläge für die Agitation wird folgendes Urteil gefällt:

„Was die Gründlichkeit in der Behandlung der verschiedenen Agitationsarten betrifft, können die dort den „Verbandsfunktionären“ gegebenen Ratschläge, wie wir gern zugestehen wollen, als musterhaft bezeichnet, und mancher politischen und wirtschaftlichen Vereinigung auch im bürgerlichen Lager als nachahmenswert empfohlen werden.“

Das klingt recht schmeichelhaft, aber ein wackerer Arbeitervereinsmann weiß, daß er einen „sozialdemokratischen“ Anigge nicht loben darf, und deshalb spricht er den Ratschlägen für die Agitation den stilligen Wert ab. Zunächst erscheinen ihm zwar die dem Verbandsagitatoren erteilten Unterweisungen völlig einwandfrei. Es ist sogar anzunehmen, daß er von ihnen vollständig überrascht war; denn nach dem in seinen Kreisen üblichen Jargon haben ja die Gewerkschaften ihren Einfluß nur dem unerhörten Terrorismus zu danken, den sie beim Werben von Mitgliedern anwenden. Statt dessen wird den für den Verband wirkenden Kollegen gerade das Gegenteil von dem empfohlen. Er soll sich die Sympathien seiner Mitarbeiter erwerben und sich bemühen, Einfluß auf sie zu erlangen. Er soll sich seinen Mitarbeitern nicht aufdrängen und auch durch seine Agitation, namentlich in der Werkstätte, nicht unangenehm auffallen.

Daß die Gewerkschaften in dieser Weise agitieren, ist dem Kommunisten in der „Parole“ ganz unfaßlich. In der erfolgreichen Agitation für die Gewerkschaften erblickt er mit Recht eine Gefahr für die Arbeitervereinspolitik, denn Arbeiter, die zum Nachdenken über ihre wirtschaftliche Lage erzogen werden, verlieren sehr schnell die Freude am Hurrafschreien. Im erklärlichen Unmut über unsere Ergebnisse nennt er unsere Agitation eine elende Heuchelei. Er spricht von ihr als von schneidender Arbeiterfreundschaft. „Die „freien“ Gewerkschaften bieten mit ihrem Statistismus zur „planmäßigen Gestaltung der Agitation“ geradezu eine Anordnung, die für jeden Arbeiter zu einem Herd verhängnisvoller Gefahren werden kann.“ Deshalb werden die unorganisierten deutschen Arbeiter gewarnt und ihnen wird geraten, Augen und Ohren offen zu halten.

Wir sind ganz zerknirscht ob der Schlechtigkeit, die in unserem Handbuch steckt, welches doch von dem „Parole“-Mann selbst als musterhaft bezeichnet wird. Aber so schmerzhaft es dem tapferen Krieger auch sein mag, so wird seine Kritik doch nicht zur Folge haben, daß wir unsere Agitationsmethoden ändern. Wenn sich Organe von der Qualität der „Parole“ über unseren Verband ärgern, so beweist uns das nur, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Der deutsche Tischlerstag, die Jahresversammlung des Bundes deutscher Tischlerinnungen, wurde bisher in unmittelbarem Zusammenhang mit der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes abgehalten; nur im letzten Jahre ist von dieser Neigung abgewichen worden. Während die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes am 7. und 8. Juni in Berlin stattfand, wurde der Tischlerstag am 2. und 3. August in Wiesbaden abgehalten. Jetzt hat der geschäftsführende Vorstand des Innungsverbandes in Aussicht genommen, beide Tagungen wieder örtlich und räumlich zusammenzuliegen, und zwar in diesem Jahre in die Zeit vom 25. bis 27. Juni. Unter den angeschlossenen Innungen wird eine Umfrage veranstaltet, ob sie diesem Plan zustimmen.

In der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes, in welcher dieser Beschluß gefaßt wurde, kam auch ein Konflikt zur Sprache, der zwischen dem Innungsband und dem Verlag seines Verbandsorgans, der „Deutschen Tischler-Zeitung“ schwebt. Der Günstliche Verlag weigert sich nämlich, die vertragsmäßigen Beiträge an die Bundeskasse zu zahlen, solange der rheinisch-westfälische Bezirksverband ein anderes Blatt als sein offizielles Organ bezeichnet. Der Vorstand des Bundes droht, die Konsequenzen aus der Ungelegenheit zu ziehen. Dagegen macht der Günstliche Verlag in einer im Anschluß an den Sitzungsbericht im Verbandsorgan abgedruckten Bemerkung geltend, daß es eigentlich an ihm wäre, die Konsequenzen zu ziehen. Das Verhältnis zum Bundesvorstand sei durch verschiedene Vorkommnisse in den letzten Jahren getrübt worden. Der Verlag droht verstimmt mit Veröffentlichungen, die dem Bundesvorstand unangenehm sein müssen. — Das würde ein heikles Bild geben; der Vorstand des Innungsbandes im Streit mit dem Verlag seines Verbandsorgans. Es wird aber wohl so schlimm nicht werden; die Kampfhähne werden sich schon, wenigstens der Öffentlichkeit gegenüber, wieder betragen.

Gewerkschaftliches.

Im Baugewerbe treiben es die Unternehmer ganz offensichtlich zum Konflikt. Am 21. Januar hat der Vorstand des Arbeitgeberbundes des Baugewerbes im preussischen Abgeordnetenhaus eine Sitzung abgehalten, über welche folgender Bericht veröffentlicht wurde: „Die gesamten Forderungen des neuen Tarifmusters wurden nochmals eingehend besprochen und die Berichte der anwesenden Vorstandsmitglieder aus den von ihnen vertretenen Verbänden entgegengenommen.“

Die Berichte ergaben eine vollständige Einstimmigkeit über die Notwendigkeit, das bereits festgestellte Vertragsmuster zur Geltung zu bringen, und der Generalversammlung zu Strahburg zur Annahme zu empfehlen.

Wenn die Generalversammlung am 24. Februar den Vorschlägen ihres Vorstandes beigestimmt haben wird, sollen deren Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen stattfinden.

Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Organisationen die Notwendigkeit der neuen Fassung des Vertragsmusters einsehen und anerkennen werden, da die Arbeitgeber nicht in der Lage sind, unter anderen Bedingungen weiterzuarbeiten, sondern gezwungen sein würden, im Falle des Nichtzustandekommens des Vertrages ihre Geschäfte zu schließen.“

Das heißt mit anderen Worten, die Unternehmer wollen nicht verhandeln, sondern den Arbeitern ihren Willen aufzwingen. Wenn sie sich nicht willig fügen, sollen sie ausgesperrt werden. Die Scharfmacher spielen ein gewagtes Spiel, aber auch die Arbeiter sind auf dem Posten und werden in dem anscheinend unvermeidlichen Kampf ihren Mann zu stehen wissen.

Der Verband der Bäcker und Konditoren steigerte seine Mitgliederzahl von 18 786 am Schluß des Jahres 1908 auf 20 350 am Ende des Jahres 1909. Auch das Vermögen des Verbandes hat eine erfreuliche Steigerung erfahren; es hat sich um 48 456 Mk. erhöht und betrug am Schluß des Jahres 214 210 Mk.

Innenschluß der Organisationen im Transportgewerbe. Die Vorstände der Verbände der Hafenarbeiter, Seelente und Transportarbeiter haben sich bekanntlich auf einer im Dezember vorigen Jahres in Hamburg abgehaltenen Konferenz über eine Verschmelzung ihrer Organisationen verständigt. Die in Betracht kommenden Verbandsorgane veröffentlichten nun den Entwurf für ein Statut zur Einheitsorganisation, die den Namen „Deutscher Transportarbeiterverband“ führen soll. Dieser Entwurf kann von den Verbandstagen nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Im Falle der Annahme soll die Einheitsorganisation am 1. Juli 1910 ins Leben treten.

Unternehmerbewegung.

Dürfen Zwangsinnungen Tarifverträge abschließen? Diese Frage, die bisher bestritten war, ist kürzlich vom preussischen Handelsminister bejaht worden. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hatte vor einiger Zeit entschieden, daß der Abschluß von Tarifverträgen zwischen Zwangsinnungen und Hilfsergänzungsorganisationen unzulässig sei, weil solche Verträge dem § 100 q der Gewerbeordnung widersprechen. Dieser Paragraph schreibt bekanntlich vor, daß die Zwangsinnungen ihre Mitglieder nicht in der Festsetzung der Preise ihrer Waren und Leistungen beschränken dürfen. Diese Entscheidung ist von den Innungen angefochten worden, und der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag hat sich veranlaßt gesehen, den Handelsminister um eine Entscheidung anzugehen. Dieser hat nun erklärt, daß der Abschluß eines Tarifvertrages dem § 100 q der Gewerbeordnung nicht widerspricht. Die Zwangsinnungen dürfen also Tarifverträge abschließen unter der Voraussetzung, daß die Verträge keine Bindung der Preise der Waren bezwecken. Die Entscheidung des Ministers bestimmt aber weiter, daß in den von den Zwangsinnungen abgeschlossenen Tarifverträgen keine Nachweise für die Innungsmitglieder zur Erfüllung der Vereinbarungen vorgehen, und daß die Innungsmitglieder nicht durch Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art durch die Innung zur Befolgung der in den Tarifverträgen enthaltenen Abmachungen genötigt werden dürfen.

Durch diese Einschränkung wird der Wert des gemachten Zugeständnisses vollständig illusorisch gemacht. Es wird keiner Gewerkschaft einfallen, mit einer Innung einen Vertrag abzuschließen, die ihren Mitgliedern ausdrücklich das Recht vorbehält, die Abmachungen zu übertreten. In der gleichen Ansicht ist auch eine Versammlung des Innungsausschusses der vereinigten Kölnener Innungen gekommen, die in einer angenommenen Entscheidung den Entscheid des Ministers bedauert. „Dadurch“, heißt es in dem Beschluß, „daß die Innungen nicht berechtigt sind, renitente Mitglieder durch Ordnungsstrafen zur Einhaltung eines von der Innung mit den Hilfsergänzungsorganisationen abgeschlossenen Lohn- und Arbeitstarifs anzuhalten, schwindet für die Innung jedes Interesse zum Abschluß derartiger Verträge.“ Im Anschluß daran werden die Vertreter der Stadt Köln ersucht, im Reichstag für die Aufhebung des § 100 q der Gewerbeordnung zu wirken. Daß die Aufhebung dieses Paragraphen eine logische Voraussetzung für das Recht der Zwangsinnungen ist, Tarifverträge abzuschließen, können wir nicht ohne weiteres anerkennen. Wenn die Innungsmitglieder verpflichtet werden, die tariflichen Arbeitsbedingungen einzuhalten, dann wird ihnen die Möglichkeit, eine unzulässige Konkurrenz zu treiben, ohnehin so eingeschränkt, daß eine Notwendigkeit, ihnen in der Preisfestsetzung ihrer Waren Beschränkung aufzuerlegen, nicht vorliegt.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder. Komplet in circa 18 Lieferungen a 30 Bf. zu 32 Seiten. Verlag von G. Vork u. Co., G. m. b. H., München.

Jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird schon oft ein Nachschlagewerk vermisst haben, wenn er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell verhalten hat. Bisher mußte man, um darauf die Antwort zu finden, unter Zuhilfenahme des Gedächtnisses die immer stärker werdende Zahl der Protokolle zur Hand nehmen, wodurch großer Zeitaufwand entstand. Wenn das Werk vollendet vorliegt, ist das nicht mehr nötig. Alles was in 46 Jahren auf den Parteitag

verhandelt und beschlossen wurde, findet man alphabetisch geordnet vor. Es enthält Lieferung 1 z. B. den Achtstundentag, Agrarfrage, Grund- und Bodenfrage, Nahrungsmittel, Akademiker, Akkordarbeit, Akkordmaurer, Akkordhelfer und Akkordisten. Für Meisterei wird das Material unentgeltlich geliefert, da es ihnen nicht nur Material liefert, sondern auch den Zeitverlust des Zusammenbringens erspart. Die Lieferungen erscheinen wöchentlich.

Der **Siegelauf der Technik**. Ein Hand- und Hausbuch der Erfindungen und technischen Erfindungen aller Zeiten. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner und Gelehrter vollständig dargestellt und herausgegeben von **W. v. G. v. L.** 2000 Seiten Text, 2000 Abbildungen, 50 Miniplattchen. In drei eleganten Leinenbänden 30 Mk. Dieses heute vollständig gewordene Werk enthält alles

das, was der Gebildete unserer Tage aus dem großen Reiche der Erfindungen und technischen Erfindungen wissen soll, es ist eine Darstellung aller der gewaltigen Erfolge des schaffenden, in die Geheimnisse der Naturkräfte immer tiefer eindringenden Menschengenies in Wort und Bild und in interessanter, leicht verständlicher Form. Als neues Hand- und Hausbuch wird es ein unentbehrliches Mittel für jedermann, der mit der Zeit vorwärts-schreiten, sie verstehen und die Kulturfortschritte sich nutzbringend machen will. Und heutzutage muß jedermann in diesen Dingen Bescheid wissen, sei er Fachmann oder Laie, Gelehrter, Fabrikant, Beamter, Soldat, Kaufmann, Landwirt oder Handwerker usw. — es gibt keinen Stand oder Beruf, für den Kenntnisse der hier gebotenen Art nicht wertvoll und fördernd wären. Das Werk „Der Siegelauf

der Technik“ gibt Gelegenheit, sich diese wichtigen Kenntnisse zu erwerben, sowohl um sich in nützlicher Weise zu unterhalten, wie auch um seine Kräfte zur Mitarbeit an den Aufgaben der Kultur weiter auszubilden. Die reichhaltige Beigabe von vorzüglich ausgeführten Bildern verdient besondere Erwähnung. Wir empfehlen das Werk unseren Lesern aufs wärmste.

Briefkasten.

Düsseldorf, P. L. Das Gedicht ist gut gemeint, aber zum Ausdruck nicht geeignet. Eine Korrespondenz aus Ansbach und ein Eingekauft aus Greiz mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Versammlungs-Anzeiger.

Offenberg. Sonnabend, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr im Hotel.
Waldheim. Sonnabend, den 12. Feb., abends 8 1/2 Uhr im Hotel „Zweizertal“ eine Versammlung hat.

Anzeigen.

Bestell. Die Bestellvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis, Hermannstraße 12:

Drehler	8-10 Uhr vormittags
Maschinenarbeiter	
Werkzeughilfen	
Stadlarbeiter	
Maler aller Branchen	10-12 Uhr vormittags
Einleger	1 1/2-2 1/2 Uhr nachmittags
Möbelpolierer	8-10 Uhr vormittags und 2 1/2-4 1/2 Uhr nachmittags

An dem Arbeitsnachweis der Zählstelle, Engländer 14, können die Branchen vermittelt werden:

Büchsenmacher,	Außenmacher,
Bohrer,	Kornmacher,
Bohrmaschinenmacher,	Rammhämmer,
Bohrmaschinenhilfen,	Feinmechaniker,
Bohrmaschinenarbeiter,	Vergoldeter.

Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Berufsbekanntmachung geeignet.
Das Antragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Bahn (Marz). Kaffierer Otto Giese, Hauptstr. im Keller, Arbeitsnachweis bis 12-1 und 7-8 Uhr und Sonntags von 12-1 Uhr.

Küfenerberg (Weißb.). Bevollmächtigter Max Fiedler, Hauptstr. 46, Eing. Kaffierer, Befehlshaber und Verleger bei Stellensuchern; daselbst Arbeitsnachweis, dieser ist strengstens zu beachten. Umfragen verboten.

Mingenthal. Die Monatsversammlungen der Zählstelle Mingenthal u. Umg. finden regelmäßig jeden zweiten Sonntag im Monat statt und zwar für die Mitglieder in Schwabach nachmittags 7 Uhr im „Reich Gasthof“ und in Mingenthal abends 7 Uhr im Restaurant „Herberge“.

Landberg a. Harth. Unser Befehlshaber befindet sich jetzt bei Herrn Fritz, Bergstraße 21. Der Arbeitsnachweis bei H. Kaiser, Vulkanstr. 5. Arbeitsnachweis zählt Kollegen Mieder, Bergstr. 31.

Milber. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zählstelle für Maler, Dreher, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Büchsenmacher und Korbmacher befindet sich Bergstraße 3. Die Kollegen werden erucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umfragen ist streng verboten. Die Arbeitsnachweisung wird nur im Arbeitsnachweisbüro ausgeführt.

Mainz. Die Arbeitsnachweisung zählt Kollege Carl Becker, Untere Straße 49, zu jeder Zeit aus.

Mesa. Die Arbeitsnachweisung zählt der Kaffierer Carl Schindler, Bismarckstr. 10, Gesellschaftshaus c. Befehlshaber Otto Kilmers, Restaurant, Altmühl.

Mühlheim. Die zureichenden Kollegen wollen sich sofort im Lokale zur Hofstraße anmelden.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Maler, Maschinenarbeiter, Dreher und Wagner befindet sich beim Kollegen Giner, Hermannstr. 2, vorn par. Umfragen ist strengstens verboten. Die Arbeitsnachweisung wird im Gewerkschaftshaus, Weißbühlstraße 41, ausgeführt. Am Wochenende abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Hönneberg S.-A. Die Arbeitsnachweisung der Arbeitsnachweisung, sowie sonstige Auszahlungen erfolgen jetzt bei Hugo Reihauer, Bergstraße 22. Wochenends von 6-8 Uhr abends, Sonntags vormittags 9-11 Uhr.

Anton Paul Seifert, geb. 14. 6. 1879 zu Gieseler, bis 1. Aug. 1900 in Leipzig, wird gesucht. Die Kollegen werden um deren Hilfe gebeten. Auslagen gegen Vergütung. Am Best. Leipzig-Reuditz, Heinrichstr. 33 I.

Karl Kirchner, Schreiner, geb. den 2. 5. 1856 zu Schwarzbach b. Wapungen, wird wegen Erblassensangelegenheiten gesucht. Koll., die dessen Erblassensangelegenheiten gesucht. Dies dem Bevollmächtigten der Zählstelle Wapungen, Otto Schwertfeger, Schwarzbach a. d. Sessa, mitzuteilen.

Einen Stuhlmacher auf Zypressenstraße sucht **Franz Hubenhofer**, Stuhlfabrik Brumath, Elsaß.

Ein tüchtiger **Holzschreiner** der gut verdienen kann sofort für dauernde Stellung gesucht. **Fr. Schmitz**, Hertelstr. 12, Dreherstr.

Storbieger

welche auf Malaccarohr eingearbeitet sind, sowie

Lackierer und Lackmaler

für Malaccarohr auf sofort gesucht. **Osar Hocholl Nachf.**, Stöckfabrik Cassel, Holzteich. 5.

Tüchtige Stodpolierer

auf Lohnende, dauernde Beschäftigung per sofort gesucht. **Osar Hocholl Nachf.**, Stöckfabrik Cassel, Holzteich. 5.

Ein tüchtiger und zuverlässiger **Korbmacher** für dauernde Stellung gesucht. **Schlageter & Schlappner**, Claus St. Solothurn, Schwelz.

Ich suche per sofort einen **Holzschreiner** auf Holzgriffe und einen **Wagner**, der mit dem Graderichten von Holzgriffen u. Schäften bewandert ist. Hoher Lohn und dauernde Stellung. **Karl Drethaupt**, Wald, Nhb.

Tüchtiger **Korbmacher** auf Großgeschlag, sofort gesucht. Arbeitsnachweis **Wettin a. S.**, **Gustav Marx**, Korbmacher, Schalental 304.

Korbmacher tüchtiger Gestellmacher, welcher auch in der modernen Webstuhl-Arbeit firm ist, bei gutem Lohn für dauernde Stellung. Es wird nur auf gute zuverlässige Arbeit reflektiert. **C. H. Hoffmann**, Schwelz, Nhb. Fabrik für Rohr- und Lurusmöbel.

1 tüchtiger **Korbmacher** auf Geschlagenes und Reparatur gesucht. **W. Windolph**, Frankfurt a. M., Alie Mainzerstraße 34.

Tüchtiger **Korbmacher** auf Geschlagenes gesucht von **Jac. Kahle**, Glückstadt (Holstein).

Gebilte **Blasaba-Mischer** finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei **Sahn & Rheinauer**, Mannheim.

Achtung Bürstenmacher!

Kollegen, welche auf ein Inserat in irgend einer Zeitung Arbeit in W. Gladbach (Rheinland) annehmen wollen, werden gebeten, sich vorher bei der Lokalverwaltung zu erkundigen. **W. H. Beders**, W. Gladbach, Johannesstraße 62.

Gesucht wird zu sofort ein durchaus tüchtiger junger **Bürstenmacher**, der in allen Arbeiten der Branche durchaus erfahren ist. Guter Lohn u. dauernde Stellung. **Fr. Goldbohm**, Bürstenfabrik, Schwartau bei Ribbed, Auguststr. 40.

Ein tüchtiger **Bürstenmacher** gesucht. **Ang. Dittgen**, Wismar, Oberdörnerstr. 21.

Krankheitshalber will ich meine sehr alte **Drehsterei** mit guter Stundschafft, ohne Konkurrenz, mit Grundstück sofort verk. Off. unt. D. W. 186 an d. Exp. d. Holzarb.-Ztg. erb.

Beabsichtige m. seit ca. 50 J. best. **Tischlerei** mit 3 Hobelb. nebst g. Werkz. billigst z. verkaufen. Anz. 12-1800 Mk. Off. u. J. H. 5 postl. Westenaublingen. Off. Anfr. erb. Freim.

Wegen Todesfall ist in Dresden eine **Tischlerei** sofort sehr billig zu verkaufen. Offert. unt. K. D. 189 an die Exped. d. Bl.

Verkauf Wagenbaugeschäfts

In Jever (Groß. Oldenburg) ist wegen Sterbefalls d. Ing. z. bel. Antritt e. Haus, worin seit 42 Jahren eine Wagenbau- und Stellmacherei mit bestem Erf. betrieben ist, mit Masch. u. Werkzeug für 4 Betr. z. verkaufen. Anf. v. Lurus- u. Geschäftswagen. Für Anf. sich. Prot. 10.000. Größe, bestm. Stundschafft. Preis 10.000. Anz. 2-3000 Mk. Mieteinkommen 275 Mk. Auf Wunsch kann Holzlager ganz o. teilw. überm. werden. Rest. wollen sich wenden an **Rezeptor Erich Albers in Jever**.

Mein lieber Freund

Wenn Du jemals Amerik., Engl., Deutsche Werkzeuge oder Abziehhelme brauchst, verlange vorher gratis und franko die jetzt neue Preisliste von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Dypelnerstr. 31. Du wirst staunen, wie gut und billig Du da kaufst.

Eingelegte Furniere für Nüchliche, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. **F. Biller**, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchweg 14. Dir. Carl Walbaum.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A. Auszub. u. Berufslr., Techn. u. Zeichner (Honor. mäßig). Direkt. Max Gempeler, Stoltestr. 20 c.

Leim-Wärm- u. Trockendöfen Wärmplatten, Zink-Zulagen etc. in bester Ausführung billig. **Marlin Moldenhauer & Sohn**, Dresden 18. Nhb. Nachweis wird honoriert.

Schreiner-Werkzeuge: Putzhobel, feine Rückensägen, viele andere Neuheiten. Katalog gratis u. franko. **HEINR. RUSCH**, Werkzeug-Versandhaus, Hagen i. W.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Zeichner, Werkführer, Maler. Staatlich subv. Prog. kostenlos.

Tischler-Fachschule Blankenburg am Marz. 1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als Werksführer, Techniker und Zeichner, anschließende staatliche Meisterprüfung. Kostenlos Stellenvermittlung. Programm frei. **Direktor Weinling**.

Tischler-Fachschule Detmold gegründet 1893. Stadt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hör- und Zeichen-Säle. 2 Werkstätten. Programme frei. **DIREKTOR BRECHT**.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stampen liefert seit 80 Jahren **Jean Holze & Co.** Hamburg, Besenbinderhof 70.

B. Kollcher's Fachschule für Tischler und für gewerbliche Zeichen. Exter-Strasse zu Detmold Ecke Grabenstr. 8- und 6-monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In 8 Monaten Ausbildung zum Werksführer und Vorbereitung für die Meisterprüfung. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 2 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlußprüfungen. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskünfte durch die Direktion. **B. Kollcher**.

Der praktische Tischler von Hermann Walbe. Vollständig umgearbeitet und stark vermehrt von E. August. Elegant gebunden. 20 Mark 15 Ml. Für Inhaber älterer Auflagen nur 15 Ml. gegen bequeme monatliche Teilzahlung. **E. H. F. Reiser**, Leipzig, Salomon-Strasse 10. (Siehe die ausführliche Besprechung in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 18/1909)

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23. Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente (gesch. neu) verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzfähigem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht: **zwei deutsche Reichspatente**. **zwei sofortige Porenfüllung**. man **erspart Material, Zeit, Arbeit**. **erzielt**: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der stimmungsvollen Maserung, volle Schönheit des Holzes. **vermeidet**: Gelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur. Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzfähiges Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird. **Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend**: 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren 1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren 1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren 1 „ allerfeinsten Politure-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kellerecken usw. 1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack) 1 „ Schleif- und Polieröl, gelblich 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horn“ 1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“ 1 „ Bismut-Politurpulver, hellbraun 1 „ Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen 1 Stück Korkscheibeklotz, 120x75x30 mm zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren 8 Mark. **Mein Lehrbuch** Holz enthält in markiger Werkstattdrucke fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Matthias-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenckebach, Prof. Dr. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet. **Werkstattplauderei**. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgänge der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellschaft m. b. H. in Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68.